

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Konjunktur in Deutschland gewinnt an Schwung

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2014) : Konjunktur aktuell: Konjunktur in Deutschland gewinnt an Schwung, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 2, Iss. 2, pp. 68-101

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/140953>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur aktuell: Konjunktur in Deutschland gewinnt an Schwung*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics**

In den ersten Monaten des Jahres 2014 deuten die Indikatoren auf eine recht kräftige Weltkonjunktur hin. Es sind die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die schon im Lauf des vergangenen Jahres erheblich an Schwung gewonnen hatten und diesen im Winter annähernd gehalten haben dürften. Der Euroraum erholt sich langsam von der Rezession, und in den USA, in Großbritannien und in Japan ist die Wirtschaft im Aufschwung. In den Schwellenländern gibt es keine einheitliche konjunkturelle Grundtendenz. Insgesamt expandiert die Produktion dort seit etwa zwei Jahren mit wenig verändertem und für diese Ländergruppe nur mäßigem Tempo. Alles in allem dürfte die Weltproduktion im Jahr 2014 um 2,9% zulegen. Im Jahr 2015 beträgt die Zuwachsrate dann 3,1%.

Die deutsche Konjunktur wird neben der besseren Weltkonjunktur von der guten Arbeitsmarktlage und dem niedrigen Zinsniveau getragen. Für die ersten beiden Quartale des Jahres 2014 signalisieren Kurzfristschätzungen auf Basis von Indikatoren Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts von 0,6% und 0,4%. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat bis zuletzt zugenommen, und der Beschäftigungsaufbau dürfte auch im Prognosezeitraum anhalten. Dies dürfte die Konsumneigung stärken. Auf anhaltende Impulse für den Wohnungsbau weist die im Jahr 2013 kräftig gestiegene Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude hin. Die Finanzierungsbedingungen bleiben alles in allem sehr günstig und stützen die mit den höheren Absatzerwartungen wohl weiter zunehmenden Investitionsabsichten der Unternehmen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt in den Jahren 2014 und 2015 wohl um jeweils 2% (arbeitstäglich bereinigt um 2% in diesem und 1,8% im nächsten Jahr). Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,5% bis 2,4%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 3,6%. Der Preisauftrieb dürfte sich erst im kommenden Jahr verstärken; hierbei spielt auch die Einführung des Mindestlohns ab 2015 eine Rolle. Die öffentlichen Haushalte erzielen im Prognosezeitraum Überschüsse.

Ein Risiko für die Konjunktur im Jahr 2014 liegt darin, dass sich das gegenwärtige Gemisch aus Finanzmarkt-turbulenzen und politischer Labilität verschiedener Länder zu einer Krise des Vertrauens in die Stabilität größerer Gruppen von Schwellenländern ausdehnen könnte. Gegenwärtig gefährdet insbesondere der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine die wirtschaftliche Stabilität in Osteuropa.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2013 bis 2015

	2013	2014	2015
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
private Konsumausgaben	0,9	1,5	2,0
Staatskonsum	0,7	1,3	1,6
Anlageinvestitionen	-0,7	4,6	4,2
Ausrüstungen	-2,4	4,6	7,0
Bauten	0,1	4,6	2,4
sonstige Anlagen	3,0	4,8	4,3
inländische Verwendung	0,5	1,9	2,3
Exporte	0,8	5,5	5,4
Importe	0,9	5,9	6,6
Bruttoinlandsprodukt	0,4	2,0	2,0
nachrichtlich:			
USA	1,9	2,5	3,0
Euroraum	-0,5	1,2	1,5
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,2	0,7	0,6
Effektivlöhne je Stunde	2,5	2,6	3,0
Lohnstückkosten ^a	2,0	1,3	1,7
Verbraucherpreisindex	1,5	1,3	1,7
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	41 841	42 141	42 442
Arbeitslose ^b	2 950	2 925	2 904
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	6,6	6,5	6,4
Arbeitslosenquote BA ^d	6,9	6,7	6,6
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	0,2	0,5
Leistungsbilanzsaldo			
in Mrd. Euro	201	214	217
in % des nominalen BIP	7,3	7,5	7,3

^a Berechnungen auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose (Stand: 13.03.2014).

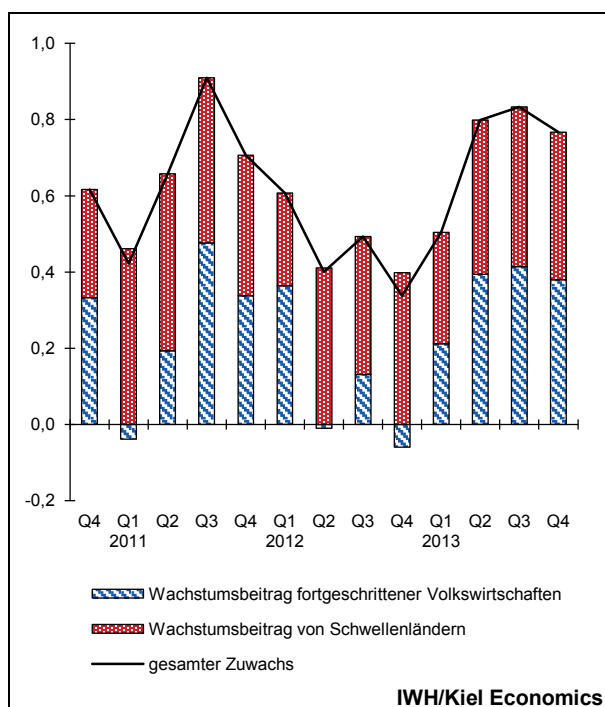
* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 9/2014 am 13. März 2014 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe, Tobias Knedlik, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies (alle IWH), Peter Hennecke, Carsten-Patrick Meier (Kiel Economics).

Überblick

In den ersten Monaten des Jahres 2014 deuten die Indikatoren auf eine recht kräftige Weltkonjunktur hin. Es sind die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die schon im Lauf des vergangenen Jahres erheblich an Schwung gewonnen hatten und diesen im Winter annähernd gehalten haben dürften (vgl. Abbildung 1). Der Euroraum erholt sich langsam von der Rezession, und in den USA, in Großbritannien und in Japan ist die Wirtschaft im Aufschwung. Von der recht hohen Dynamik insbesondere der japanischen Importe profitiert seit verganginem Sommer auch der Außenhandel in den asiatischen Schwellenländern. In den Schwellenländern selbst gibt es allerdings keine einheitliche konjunkturelle Grundtendenz. Insgesamt expandiert die Produktion dort seit etwa zwei Jahren mit wenig verändertem und für diese Ländergruppe nur mäßigem Tempo.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt der G20-Staaten¹
- vierteljährliche Zuwachsraten; Gewichtung zu aktuellen Wechselkursen -



¹ Mit Euroraum anstelle seiner G20-Mitgliedstaaten, ohne Saudi-Arabien; 4. Quartal 2013 Schätzung.

Quellen: OECD; nationale Statistiken; eigene Berechnungen und Schätzungen.

Zudem hat die Erwartung steigender US-Zinsen seit verganginem Sommer Währungsturbulenzen ausgelöst, die etliche Schwellenländer zu Zins-

erhöhungen oder gar Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwingen. In wichtigen Schwellenländern hat sich die Lage allerdings stabilisiert: in Indien seit der Ernennung des ehemaligen Chefvolkswirts des Internationalen Währungsfonds (IWF) Raghuram Rajan zum Zentralbankpräsidenten im September, in Indonesien seit Jahresanfang, als die Handelsbilanz erkennbar ins Plus wechselte. Nicht gelegt oder sogar verschärft haben sich die Turbulenzen um Länder, die politisch labil scheinen. So hat sich im neuen Jahr die Abwertung der türkischen Lira fortgesetzt, der argentinische Peso verlor nach Aufgabe der Stützungskäufe durch die Zentralbank im Januar drastisch an Wert. Vor allem hat aber die schwere politische Krise um die Ukraine nicht nur eine Krise der Hrywnja ausgelöst, sondern auch den russischen Rubel deutlich abwerten lassen (um etwa 10% gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn).

Die Erwartung steigender US-Leitzinsen ist mittlerweile als Ursache für die Turbulenzen in den Hintergrund getreten; an den Finanzmärkten besteht gegenwärtig die Überzeugung, dass die Leitzinsen in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zumindest in diesem und im nächsten Jahr nahe bei der Nullzinsschranke bleiben werden. Das ist im Fall der USA und Großbritanniens bemerkenswert, denn dort hatten die Zentralbanken selbst Indikatoren benannt, die auf eine baldige Zinserhöhung hindeuten müssten: für die US-Notenbank ist eine Arbeitslosenquote von 6,5% und für die Bank von England eine von 7% der Schwellenwert, ab dem eine Zinserhöhung denkbar ist, und beide Werte sind mittlerweile fast erreicht. Dass trotzdem nicht mit Zinserhöhungen zu rechnen ist, liegt auch an der in beiden Ländern nachlassenden Preisdynamik. Das gilt erst recht für den Euroraum, wo die Geldpolitik Mittel sucht, das Risiko einer Deflation klein zu halten.

Von der Finanzpolitik kommt in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Prognosezeitraum nur noch wenig Gegenwind. Im Euroraum ist sie dieses Jahr nur noch wenig restriktiv ausgerichtet, in den USA lassen die dämpfenden Effekte nach, und in Japan wird zwar die Konsumsteuer im Prognosezeitraum deutlich erhöht, ein erheblicher Teil der restriktiven Effekte soll aber von einem neuerlichen Konjunkturprogramm abgefedert werden. Lediglich in Großbritannien dürfte die Finanzpolitik ihren Konsolidierungskurs unvermindert fortsetzen.

Nicht nur die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

sprechen dafür, dass die Weltkonjunktur recht kräftig bleibt. Denn in den USA hat sich die Vermögenssituation der privaten Haushalte deutlich gebessert, und die Realwirtschaft erhält vom Boom um die Förderung unkonventioneller Gas- und Ölvorkommen Impulse. Im Euroraum zeichnen sich mit der hohen Dynamik der portugiesischen und spanischen Exporte wohl schon erste Erfolge der Strukturreformen ab, und in Frankreich sowie Italien haben verstärkte Reformbemühungen zuletzt immerhin die Aussichten etwas aufgehellt. Freilich sind die strukturellen Probleme in diesen Volkswirtschaften beträchtlich, und ein starker Aufschwung ist für den Euroraum schon deshalb wenig wahrscheinlich. Auch weltweit dürfte es nicht zu einer weiteren Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Expansionsrate kommen. So deuten die rasch gefallenen Arbeitslosenquoten in den USA sowie in Großbritannien eben doch darauf hin, dass die Unterauslastung dort nicht mehr sehr groß ist, und der japanische Aufschwung hat seinen Höhepunkt wohl schon wieder überschritten. In China dürfte sich die (wirtschaftspolitisch gewollte) Verlangsamung der Wachstumsdynamik in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen, und in etlichen Schwellenländern werden die Finanzmarktunruhen die wirtschaftliche Aktivität zumindest im Jahr 2014 deutlich dämpfen. Die Stabilität von Energie- und Rohstoffpreisen wirkt zwar für die Weltwirtschaft insgesamt sicher stimulierend, hat aber für Rohstoffexportländer wie Brasilien und insbesondere Russland die gegenteilige Wirkung. Alles in allem wird nach der vorliegenden Prognose die Weltproduktion im Jahr 2014 um 2,9% und damit um 0,6 Prozentpunkte rascher als im Jahr 2013 zulegen.¹ Im Jahr 2015 beträgt die Zuwachsrate dann 3,1%. Der Welthandel dürfte im Jahr 2014 um 4,5% und im Jahr darauf um 4,8% expandieren (vgl. Tabelle 1).

Die deutsche Konjunktur wird schon länger von starken Auftriebskräften getragen, die allerdings

¹ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2012 in US-Dollar gewichtet wurden. Nach dem Konzept des Internationalen Währungsfonds, der einen weiteren Länderkreis berücksichtigt und die Zuwachsraten der Länder mit Kaufkraftparitäten gewichtet, entspricht die vorliegende Prognose einer weltwirtschaftlichen Zuwachsrate von 3,1% im Jahr 2013, 3,6% im Jahr 2014 und 3,8% im Jahr 2015. Vgl. zu den unterschiedlichen Messkonzepten etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch, Herbst 2012*. Kiel 2012, 9.

zwischenzeitlich von den dämpfenden Effekten der Finanz- und Schuldenkrise überlagert worden waren. Insbesondere gab es auch während der Schwächephase der vergangenen zwei Jahre und bis zuletzt Impulse von der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Hier wirken sich immer noch die Reformen der Arbeitsmarkt- und Sozialordnung aus, die durch die Agenda 2010 angestoßen wurden. Der Aufschwung in Deutschland ist zum anderen auf das niedrige Zinsniveau zurückzuführen, das gegenwärtig für Deutschland zu niedrig sein dürfte.

Die Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes dürfte allerdings durch die jüngsten Gesetzesvorhaben Schaden nehmen: Mindestlöhne können die Arbeit von manchen gering qualifizierten Arbeitnehmern zu teuer machen, und die Leistungserhöhungen der Rentenversicherung werden die Kosten sozialversicherungspflichtiger Arbeit auf Dauer erhöhen. Die Konjunktur dürfte durch diese Maßnahmen in dem Zeitraum bis zum Jahr 2015, über den sich diese Prognose erstreckt, allerdings kaum betroffen sein.

Alles in allem haben sich in den vergangenen Monaten die konjunkturellen Aussichten verbessert. Nachdem infolge des *Outright Monetary Transactions* (OMT) Programms der Europäischen Zentralbank (EZB) das Vertrauen in die Krisenstaaten langsam zurück gekehrt ist und die fiskalischen Konsolidierungsziele vielerorts in Sichtweite gerückt sind, konnte sich die Konjunktur im übrigen Euroraum bereits etwas beleben. Dieser Prozess dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen und 2015 sogar nochmals an Schwung gewinnen. Von außenwirtschaftlicher Seite erhält die Konjunktur im Prognosezeitraum also wieder Impulse, während die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland weiterhin günstig bleiben. Vor diesem Hintergrund ist für 2014 und 2015 jeweils eine kräftige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,0% zu erwarten.

Ein Risiko für die Konjunktur im Jahr 2014 liegt darin, dass sich das gegenwärtige Gemisch aus Finanzmarktunruhen und politischer Labilität verschiedener Länder zu einer Krise des Vertrauens in die Stabilität größerer Gruppen von Schwellenländern ausdehnen könnte. Gegenwärtig gefährdet insbesondere der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine die wirtschaftliche Stabilität in Osteuropa (vgl. Kasten 1). Es zeigt sich hier auch, dass internationale Organisationen wie der IWF nur dann die Chance bekommen, Krisen einzudämmen, wenn die Politik einen hinreichend stabilen Rahmen schafft.

Tabelle 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Europa	31,6	0,3	1,4	1,8	2,0	1,6	1,9			
EU 28	26,6	0,1	1,5	1,7	1,5	1,1	1,4	10,9	10,7	10,5
Schweiz	1,0	2,0	2,1	2,3	0,1	0,3	0,8	4,4	4,4	4,2
Norwegen	0,8	0,6	2,2	2,4	2,0	1,8	2,0	3,5	3,5	3,5
Russland	3,2	1,3	0,5	2,0	6,8	6,0	6,5			
Amerika	36,6	2,0	2,5	2,9						
USA	25,9	1,9	2,5	3,0	1,3	1,5	2,1	7,4	6,9	6,4
Kanada	2,9	2,0	2,1	2,5	0,9	1,6	2,0	7,1	7,0	6,9
Lateinamerika ^a	7,8	2,1	2,7	2,8						
Asien	31,8	4,8	4,8	4,7						
Japan	9,5	1,5	1,6	1,1	0,4	2,3	1,8	4,0	3,9	3,8
China ohne Hongkong	13,1	7,7	7,5	7,3						
Südkorea	1,8	2,8	3,4	3,4	1,3	2,1	2,8	3,1	3,2	3,0
Indien	2,9	3,9	4,5	4,8						
Ostasien ohne China ^b	4,5	4,3	4,8	4,9						
insgesamt^c	100	2,3	2,9	3,1						
fortgeschrittene Volkswirtschaften^d	70	1,2	2,0	2,2	1,3	1,5	1,8	8,2	8,0	7,7
Schwellenländer ^e	30	4,9	5,0	5,1						
<i>nachrichtlich</i>										
exportgewichtet ^f		1,3	2,1	2,5						
nach dem Messkonzept des IWF ^g		3,1	3,6	3,8						
Welthandel		2,8	4,5	4,8						

^a Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2011 in US-Dollar. – ^b Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – ^c Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – ^d EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ^e Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ^f Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2012. – ^g Gewichtet nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF (World Economic Outlook, September 2013).

Quellen: IWF; eigene Prognose.

Kasten 1: Konjunkturelle Risiken der Krimkrise für Europa

Politisch steht das Frühjahr 2014 im Zeichen der Krimkrise: Nach dem Umsturz in der Ukraine im Februar hat Russland auf der Krim interveniert, offensichtlich mit dem Ziel einer Annexion der Halbinsel. Auch besteht die Gefahr eines weiteren Zerfalls der Ukraine. Der Westen seinerseits droht Russland mit Sanktionen und versucht die Ukraine zu stabilisieren. So werden derzeit von Seiten der EU, der USA und des IWF finanzielle Hilfspakete vorbereitet, die den Zahlungsausfall des auch wirtschaftlich schwer angeschlagenen Landes für die nächste Zeit abwenden sollen. Im Folgenden werden mögliche Risiken der Krimkrise für die Konjunktur in Europa und in Deutschland beschrieben.

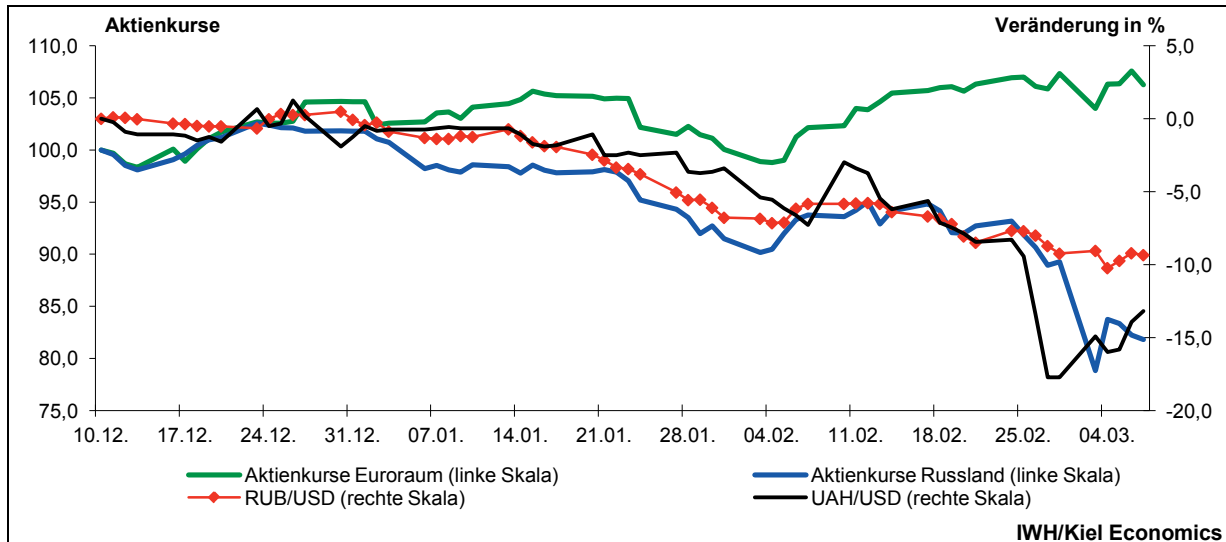
Die Erwartungen der Finanzinvestoren über die wirtschaftlichen Implikationen der Krise lassen sich in aggregierter Form an den Bewegungen von Vermögenstiteln und Wechselkursen ablesen. Die Außenwerte von ukrainischer Hrywnja und russischem Rubel sinken seit Mitte Januar, als sich die politische Lage in der Ukraine zuspitzte (vgl. Abbildung 2). Die russische Zentralbank sah sich Anfang März gezwungen, den Leitzins deutlich von 5,5% auf 7% heraufzusetzen. Die Bewertung russischer Aktien brach bei Ausbruch der Krimkrise Ende Februar ein. Sie liegt zurzeit 20% unter dem Wert zu Jahresanfang. Die Bewertung deutscher Aktien liegt dagegen in der elften Jahreswoche ungefähr auf dem Niveau zu Jahresanfang. Die an den Börsen erwartete Volatilität der Kurse ist, gemessen an Optionspreisindizes wie dem VDAX, zwar etwas gestiegen, aber im langjährigen Vergleich nicht außergewöhnlich hoch. Auch der Ölpreis liegt wie seit etwa einem halben Jahr bei unge-

fähr 109 US-Dollar pro Barrel (Sorte Brent). Die Finanzmärkte sehen also offensichtlich nur begrenzte Risiken für Westeuropa, aber erhebliche Konsequenzen für die russische Wirtschaft.

Abbildung 2:

Aktienkurse in Russland und im Euroraum und Veränderung des russischen Rubels (RUB) und der ukrainischen Hrywnja (UAH) gegenüber dem US-Dollar

- Dezember 2013 bis März 2014 -



Quellen: MSCI; OANDA; eigene Berechnungen.

Dabei könnte die Konjunktur auch in Westeuropa erheblich geschädigt werden, und zwar vor allem dann, wenn weitergehende Sanktionen beschlossen werden. Wirtschaftliche Sanktionen stehen am Ende eines Drei-Stufenplans der Europäischen Union. Russland droht derweil mit Gegenmaßnahmen. Es ist schwer abzuschätzen, wie weit die Eskalation von Sanktionen führen könnte, denn über das Energiegeschäft (Gas, Öl und Kohle) sind die russische Wirtschaft und die Wirtschaft in großen Teilen der Europäischen Union voneinander abhängig. Die Einnahmen aus dem Gas- und Ölgeschäft hatten im Jahr 2012 eine Größenordnung von 17% des russischen Bruttoinlandsprodukts, und etwa 60% dieser Einnahmen kommen aus dem Geschäft mit der Europäischen Union. Umgekehrt kommen ca. 40% des in Deutschland verbrauchten Gases aus Russland. Bei Lieferunterbrechungen könnte zwar der Bedarf für einige Monate aus Lagern bedient werden; auch könnte auf längere Sicht (und unter hohen Kosten) die Abhängigkeit von den russischen Lieferungen etwa durch den Aufbau von Kapazitäten für den Import von Flüssiggas auf dem Seeweg verringert werden. Für die nächsten Jahre sind aber die Gas- und Ölpipelines Lebensadern sowohl für die russische wie auch für die deutsche Volkswirtschaft. Russland hat alles Interesse daran, dass in Deutschland keine größeren Anstrengungen unternommen werden, die Abhängigkeit von russischen Lieferungen deutlich zu reduzieren. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass Sanktionen selbst im Fall einer weiteren Eskalation die Energielieferungen nicht berühren werden.

Ökonomische Risiken für Deutschland und die EU ergeben sich deshalb vor allem über Störungen der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und der Ukraine aufgrund anderweitiger Sanktionsmaßnahmen und insbesondere in Folge der zu erwartenden erheblichen Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Russland. Dort war die Wirtschaft auch vor der Krise in keinem guten Zustand. Es hat sich in den vergangenen Jahren herausgestellt, dass die Produktion ohne einen steten Anstieg von Energie- und Rohstoffpreisen kaum expandiert – im Jahr 2013 nur um 1½%, einem für ein Schwellenland sehr niedrigen Wert. Jetzt hat die Konjunktur auch noch den Anstieg von Unsicherheit, den Einbruch an den Aktienmärkten und die Zinserhöhungen zu verkraften. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass die Produktion in Russland im Jahr 2014 kaum mehr als stagniert (0,5%). Die Ukraine selbst spielt bei der Frage nach möglichen Risiken für die Konjunktur in Europa eine viel geringere Rolle, denn das Land hat ökonomisch ein recht geringes Gewicht, trotz seiner etwa 45 Millionen Einwohner, einer Montanindustrie von beachtlicher Größe und seiner fruchtbaren Böden. Denn das Pro-Kopf-Einkommen ist gering, nach Kaufkraftparitäten gemessen etwas niedriger als das Albanienens (vgl. IMF Economic Outlook, Oktober 2013). So war das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine im Jahr 2012 laut IWF mit 176 Mrd. US-Dollar kleiner als das der Tschechischen Republik oder Portugals und nur wenig größer als das Rumäniens.

Tabelle 2:

Anteil Russlands und der Ukraine an den gesamten Warenexporten im Jahr 2013 in %

	Russland	Ukraine	Summe ^a
Deutschland	3,3	0,5	3,8
Rumänien	2,3	1,9	4,2
Tschechische Republik	3,3	1,1	4,4
Ungarn	3,0	2,3	5,4
Polen	5,1	2,8	8,0
Finnland	9,9	0,7	10,6
Estland	14,0	1,1	15,1
Lettland	18,2	1,1	19,3
Litauen	19,0	3,6	22,5

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: IMF Direction of Trade; eigene Berechnungen.

Tabelle 3:

Anteil Russlands und der Ukraine an den gesamten Warenexporten im Jahr 2013 in %

	Russland	Ukraine	Summe ^a
Baden-Württemberg	2,8	0,4	3,2
Bayern	2,6	0,3	2,9
Berlin	6,0	1,0	7,1
Brandenburg	2,3	0,8	3,1
Bremen	2,8	0,5	3,3
Hamburg	2,0	0,1	2,2
Hessen	2,7	0,4	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	3,6	0,4	4,0
Niedersachsen	3,5	0,4	3,9
Nordrhein-Westfalen	3,1	0,5	3,5
Rheinland-Pfalz	2,7	0,4	3,1
Saarland	2,0	0,6	2,5
Sachsen	4,3	0,1	4,3
Sachsen-Anhalt	2,9	0,9	3,8
Schleswig-Holstein	3,2	0,5	3,6
Thüringen	3,3	0,6	3,9
Ostdeutschland	3,8	0,5	4,3
Deutschland	3,3	0,5	3,8

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Von den politischen Spannungen und der zu erwartenden Wirtschaftskrise in Russland sind andere Länder durch Verflechtungen über die Gütermärkte sowie über Kapital- und Arbeitsmärkte betroffen. Hauptsächlich dürften sich aber negative Folgen über einen Rückgang der Importnachfrage in Russland und in der Ukraine einstellen. Tabelle 2 zeigt die Anteile der Exporte nach Russland und in die Ukraine an den Gesamtexporten für einige östliche EU-Länder und Deutschland^a, Tabelle 3 für die deutschen Bundesländer. Russland- und Ukraineexporte spielen für Deutschland mit einem Anteil von 3,8% eine begrenzte, aber doch nicht zu vernachlässigende Rolle. Sollte der Handel mit diesen Ländern einbrechen, könnten einige Zehntel an gesamtwirtschaftlichem Produktionszuwachs in diesem Jahr verloren gehen. Für die ostdeutschen Exporteure ist Russland wichtiger als für die westdeutschen, hat aber auch keine überragende Bedeutung. Eine etwas größere Rolle spielt der Handel mit Russland und der Ukraine für andere mitteleuropäische Länder wie Polen und Ungarn. Aber nur für das Baltikum und Finnland sind die Anteile im zweistelligen Bereich und damit so hoch, dass die Konjunktur in diesen Ländern durch die Krimkrise merklich eingetrübt werden dürfte.

^a Andere große fortgeschrittene Volkswirtschaften exportieren einen deutlich kleineren Anteil ihrer Ausfuhren nach Russland: Italien unter 3%, Frankreich und Japan unter 2%, und die USA und Großbritannien unter 1%.

Internationale Konjunktur

Politische Einigungen befördern fortgesetzte wirtschaftliche Erholung in den USA

Die wirtschaftliche Dynamik in den USA hat sich im vierten Quartal 2013 leicht abgeschwächt, nach einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,0% im dritten Quartal wurde die Produktion um 0,6% ausgeweitet. In Summe ergab sich dennoch der stärkste Anstieg für eine zweite Jahreshälfte seit neun Jahren. Während die Dynamik der privaten Investitionen in den letzten drei Monaten des Jahres 2013 etwas abnahm, stützten die privaten Konsumausgaben und insbesondere kräftig anziehende Exporte die wirtschaftliche Entwicklung. Durch die anhaltende Erholung sank die Arbeitslosenquote weiter, sie lag im Februar 2014 bei 6,7%. Freilich spiegelt diese Zahl nach wie vor auch eine im historischen Vergleich niedrige Partizipationsrate wider, aber diese konnte sich zuletzt stabilisieren und sank nicht weiter ab. Wenngleich die Produktionslücke weiterhin nicht geschlossen ist, erhielten die Verbraucherpreise neuen Auftrieb und lagen nach schwächeren Monaten im Januar mit einem Anstieg von 1,6% gegenüber dem Vorjahr wieder näher am 2%-Ziel der amerikanischen Notenbank.

Erstmals seit mehreren Jahren gehen von der Fiskalpolitik derzeit keine zusätzlich dämpfenden Effekte aus, da sich die Parteien im Kongress zumindest für die kurze Frist auf Lösungen zu drängenden Problemen verständigen konnten: Der Haushaltsstreit wurde im Januar dadurch beigelegt, dass Budget-Obergrenzen bis Ende September 2015 festgelegt worden sind. Dadurch sind weitere Eskalationen bis hin zu Schließungen von Regierungseinrichtungen (insbesondere auch im Hinblick auf die Kongresswahlen im November 2014) erst einmal unwahrscheinlich geworden. Außerdem wurden die negativen Auswirkungen der *sequester* genannten Ausgabenkürzungen deutlich reduziert.

Eine Einigung konnte überdies im Konflikt um die Erhöhung der Schuldenobergrenze erzielt werden. Die beiden Kompromisse kommen nach einer langen Phase parteilicher Grabenkämpfe. Die politische Unsicherheit dürfte sich somit stark verringern und sich vorteilhaft auf Investitionen und Erwartungen auswirken.

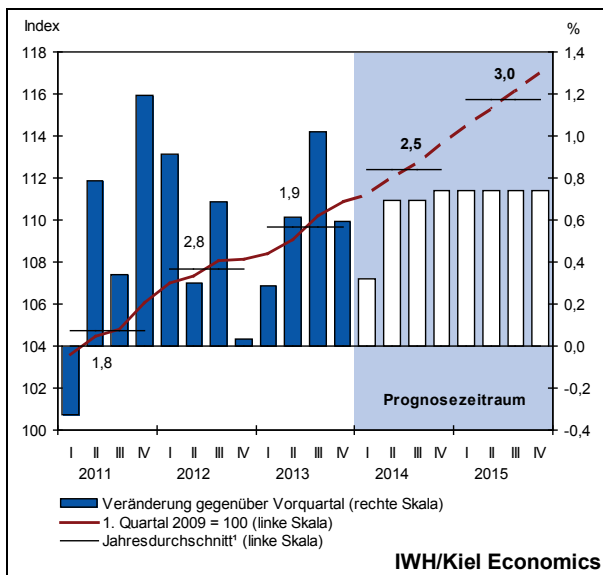
Was die Geldpolitik betrifft, so setzt die US-Notenbank ihren im Dezember 2013 begonnenen Kurs fort, die stimulierenden Ankäufe von Hypothekenpapieren und Staatsanleihen langsam zurückzufahren. Derzeit tätigt sie noch Ankäufe mit

einem Volumen von 65 Mrd. US-Dollar pro Monat, hat aber ihre Absicht bekräftigt, diese bei entsprechend positiver Entwicklung der wirtschaftlichen Situation bis Ende des Jahres schrittweise ganz einzustellen. Damit rücken die nahe 0% liegenden Leitzinsen als derzeit zweite Säule der immer noch sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik in den Fokus. Als Mindestvoraussetzung zum Anheben der Zinsen hatte die US-Notenbank eine Arbeitslosenquote von 6,5% definiert. Zwar liegt der tatsächliche Wert mit 6,7% nur noch knapp darüber, aber die Notenbank hat bereits erkennen lassen, dass die Geldpolitik kurzfristig weiterhin sehr expansiv bleiben wird – ein erstes Anheben des Leitzinses dürfte erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 erfolgen und dann Ausdruck der starken wirtschaftlichen Erholung sein.

Bei den Stimmungsindikatoren ist das Bild gemischt. So gingen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten beiden Monaten zurück und auch die neu erteilten Baugenehmigungen im Privatsektor waren rückläufig. Allerdings ist ein Teil der verhaltenen Werte dem ungewöhnlich strengen Winter geschuldet. Hier dürfte es im Laufe der nächsten Monate zu Nachholeffekten kommen. Andere Indikatoren deuten auf eine fortgesetzte Ausweitung der Produktion hin. So stieg der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe nach dem kaltebedingt schwächeren Wert im Januar zuletzt wieder an und liegt mit 53,2 Punkten weiterhin im expansiven Bereich. Gleichzeitig hat sich auch die Konsumentenstimmung leicht aufgehellt, hier fiel insbesondere die Erwartungskomponente höher aus.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 um 2,5% zulegen (vgl. Abbildung 3). Wesentliche Faktoren dabei dürften ein stabiler und zunehmender privater Konsum, Impulse durch den weiteren Ausbau des Energiesektors sowie durch verringerte politische Unsicherheit und gute Finanzierungsbedingungen ausgeweitete Investitionen sein. Im Jahr 2015 dürfte die Produktion dann um 3,0% expandieren. Die Arbeitslosenquote sinkt im Verlauf des Prognosezeitraums weiter und dürfte im Jahresdurchschnitt 2014 bei 6,5% und 2015 dann bei 6,1% liegen. Die Inflation der Verbraucherpreise dürfte im Jahr 2014 bei nur 1,5% liegen, aber mit der fortgesetzten wirtschaftlichen Erholung schließt sich die Produktionslücke im Jahr 2015. Der durchschnittliche Preisauftrieb dürfte 2015 dann mit 2,1% wieder in etwa dem Ziel der Notenbank entsprechen (vgl. Tabelle 4).

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- saisonbereinigter Verlauf -



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Tabelle 4:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2013	2014	2015
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,5	3,0
privater Konsum	2,0	2,3	2,5
Staatskonsum und -investitionen	-2,3	-1,0	1,3
private Bruttoanlageinvestitionen	4,5	4,8	7,0
inländische Verwendung	1,7	2,2	2,9
Exporte	2,7	5,3	5,0
Importe	1,4	3,1	4,6
Außenbeitrag ^a	0,1	0,2	-0,1
Verbraucherpreise	1,5	1,5	2,1
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo ^b	-4,1	-2,8	-2,5
Leistungsbilanzsaldo	-2,5	-2,5	-2,7
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	7,4	6,5	6,1

^a Wachstumsbeitrag. – ^b Bundesstaat, Fiskaljahr.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose.

Konjunktur in Ostasien regional stark differenziert

Im vergangenen Jahr war die Konjunktur in Ostasien recht schwach. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 2013 steigen jedoch die Industrieproduktion

und insbesondere der Außenhandel deutlich beschleunigt. Darin spiegelt sich vor allem die Belebung in den exportorientierten Ländern aufgrund des Anstiegs der Nachfrage aus den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wider. Selbst das von einer tiefen politischen Krise erschütterte Thailand wird von deutlichen Exportzuwächsen wirtschaftlich über Wasser gehalten.

Die Exporteure in den asiatischen Schwellenländern profitieren vor allem vom binnenwirtschaftlichen Aufschwung in **Japan**. Dieser ist im Wesentlichen ein Werk der Wirtschaftspolitik: Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um 1,6% war im Jahr 2013 zu etwa der Hälfte auf den Staat zurückzuführen. Die Zentralbank hat mit ihrer aggressiven Ausweitung der Geldbasis eine drastische Währungsabwertung bewirkt. Real effektiv ist der Yen um etwa 25% seit Herbst 2012 gefallen. Auf die Abwertung ist auch der Anstieg des Preisniveaus (um 1,4% gegenüber dem Vorjahresmonat im Januar 2014) zurückzuführen. Die japanischen Exporteure haben zwar von der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit bisher wenig profitieren können. Möglicherweise ist aber der Anstieg der Gewinne aus dem Auslandsgeschäft ein Grund dafür, dass nach den öffentlichen auch die privaten Investitionen seit vergangenem Sommer deutlich angezogen haben.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der konjunkturelle Aufschwung in Japan deutlich abschwächen. Im April 2014 wird die Konsumsteuer um drei Prozentpunkte erhöht, und ein weiterer Anstieg um zwei Prozentpunkte ist für Oktober 2015 geplant. Dies wird die wirtschaftliche Entwicklung dämpfen, auch wenn die Regierung einen Teil der Effekte über ein Konjunkturprogramm neutralisieren will. Die vorliegende Prognose rechnet mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Japan von 1,6% im Jahr 2014 und 1,1% im Jahr 2015, nach 1,5% im vorigen Jahr.

In **China** hat die Produktion im Jahr 2013 nach amtlichen Angaben um 7,7% zugelegt und damit so schnell wie im Jahr 2012, jedoch langsamer als in jedem anderen Jahr seit der Jahrtausendwende. Die Konjunktur belebte sich zur Jahresmitte, aber seit dem Winter scheint sie sich wieder etwas zu verlangsamen. Freilich ist die Konjunktur wegen des schwankenden Datums des chinesischen Neujahrsfests zu Jahresanfang grundsätzlich schwer einzuschätzen. Immerhin kann vermutet werden, dass die Außenhandelszahlen im Januar 2014 deshalb überraschend stark ausfielen, weil einige Umsätze, die eigentlich in den Februar gefallen wären, vor-

gezogen wurden. Denn das Neujahrsfest fiel dieses Jahr auf den letzten Januartag, und an den Festtag schließt sich landesweit eine längere Ferienzeit an.

Unabhängig von solchen kurzfristigen Schwankungen dürfte sich die Wachstumsdynamik in China in den nächsten Jahren weiter abschwächen, denn das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot wächst kaum noch, und die politische Führung scheint sich darüber im Klaren zu sein, dass vermehrt Ressourcen eingesetzt werden müssen, um die Produktion nachhaltiger zu gestalten. Auch dürfte die geplante Modernisierung des Finanzsystems, wiewohl langfristig notwendig, die Finanzierung von Investitionsprojekten kurzfristig eher erschweren. In der vorliegenden Prognose wird mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion in China um 7,5% im Jahr 2014 und um 7,3% im Jahr 2015 gerechnet. Das Preisklima dürfte weiter ruhig bleiben.

Europäische Union

Erholung im Euroraum nimmt langsam Fahrt auf

Seit dem zweiten Quartal des Jahres 2013 hat die Produktion im Euroraum wieder zugenommen, zu Jahresende um 0,3%. Die Erholung ist zwar zaghaft, aber regional breit gestreut. In der Rezession dürften sich neben Zypern derzeit nur noch Griechenland und Slowenien befinden. Nach wie vor ist es unter den größeren Volkswirtschaften die deutsche, die am stärksten expandiert. Recht kräftig war im vergangenen Halbjahr darüber hinaus die gesamtwirtschaftliche Expansion in den Niederlanden und Portugal, zwei Ländern, deren Produktion im Gesamtjahr 2013 jedoch deutlich zurückgegangen ist. Die Wirtschaft im Euroraum insgesamt erhält Impulse von den Exporten, die im vierten Quartal besonders kräftig anzogen. Seit dem Frühsommer weiten die privaten Haushalte ihren Konsum langsam wieder aus, und die Investitionen steigen von Quartal zu Quartal beschleunigt. Im Schlussquartal stiegen sie immerhin um gut 1%.

Eine wichtige Voraussetzung für die Erholung ist die seit Herbst 2012 zu beobachtende allmähliche Rückkehr des Vertrauens in die Zukunft der Gemeinschaftswährung. Sie hat auch die Verbesserung der Finanzierungskonditionen nicht nur für die Krisenstaaten im Euroraum, sondern auch für die Privaten ermöglicht. Das ist so, obwohl Banken vor allem in Südeuropa mit faulen Krediten über-

frachtet sind und deshalb nur ungünstige Kreditkonditionen offerieren und so die wirtschaftliche Aktivität besonders von kleinen und mittleren Unternehmen behindern. Insgesamt haben sich die Finanzierungskonditionen nämlich verbessert: Die von der Europäischen Zentralbank (EZB) ermittelten realen Fremdfinanzierungskosten für Unternehmen werden von den niedrigen Kapitalmarktkosten (für Eigenkapital und Schuldtitel) gedrückt, und verschuldete private Haushalte haben aufgrund des niedrigen Zinsniveaus recht geringe Finanzierungskosten zu schultern. Zudem sind die Realeinkommen nicht mehr gesunken, auch weil kaum noch Steuern für die Konsolidierung von Staatsfinanzen erhöht werden; und die Finanzpolitik war im Jahr 2013 deutlich weniger restriktiv als zuvor. Schließlich steigen auch die Vermögen wieder langsam an, nicht zuletzt weil die Häuserpreise im Schnitt über alle Länder des Euroraums seit Mitte 2013 nicht mehr sinken. Die Zuversicht der privaten Haushalte steigt auch deshalb, weil die Beschäftigung seit Mitte 2013 nicht mehr fällt und die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden sogar schon wieder steigt. Die Arbeitslosenquote lag im Januar 2014 mit 12% auf Vorjahresniveau (vgl. Tabelle 5). Steigende Arbeitslosenquoten gibt es allerdings noch in Italien, Griechenland, Zypern und Slowenien.

Tabelle 5:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2013	2014	2015
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
reales Bruttoinlandsprodukt	-0,4 [§]	1,2	1,5
privater Konsum	-0,7	0,8	1,0
öffentlicher Konsum	0,2	0,3	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	-3,0	1,5	4,2
inländische Verwendung	-1,0	1,0	1,6
Exporte ^a	1,3	4,9	6,2
Importe ^a	0,1	4,8	6,9
Außenbeitrag ^b	0,5	0,2	-0,1
Verbraucherpreise ^c	1,4	1,0	1,2
Lohnstückkosten ^d	1,0	0,7	0,8
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukts</i>		
Budgetsaldo ^e	-3,1	-2,7	-2,5
Leistungsbilanzsaldo	2,3	2,4	2,2
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^f	12,1	12,0	11,8

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert. – [§] -0,5 ohne Lettland.

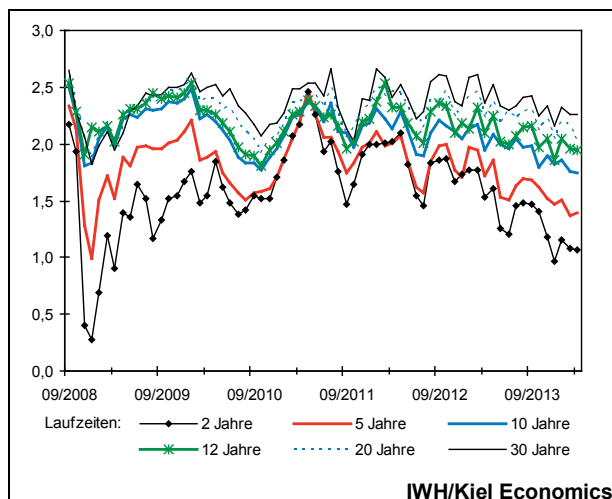
Quellen: Eurostat; eigene Prognose.

Kasten 2: Zur Deflationsgefahr im Euroraum

Der Anstieg der Verbraucherpreise ist seit dem Ende des Jahres 2012 rückläufig. Er unterschreitet mittlerweile die mittelfristige Zielmarke der Europäischen Zentralbank von 2% und liegt seit Oktober 2013 bei etwa 0,8%. Es sind Befürchtungen laut geworden, diese Entwicklung könne in eine Deflation münden, zumal in einzelnen Mitgliedstaaten – Griechenland und Zypern – der Verbraucherpreisindex rückläufig ist und auch in weiteren Ländern eine Vielzahl von Preisen sinkt. Ein sinkendes allgemeines Preisniveau wäre problematisch, da es zu lang anhaltender Ausgabezurückhaltung bei Konsumenten, Staat und Unternehmen führen könnte und den Abbau der Verschuldung erschwert.

Die laufenden Vorjahresänderungsraten für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex unterzeichnen gegenwärtig den Preisauftrieb aus verschiedenen Gründen. Preisdämpfend wirkt gegenwärtig, dass der Euro deutlich an Wert gewonnen hat und die Importpreise und damit nicht zuletzt die Energiekosten deutlich gesunken sind. Rohöl etwa war in Euro gerechnet im Februar 2014 um 13% günstiger als ein Jahr zuvor. Diese exogenen Entwicklungen veranlassen die EZB derzeit, auf den geringen Preisdruck nicht durch weitere expansive Maßnahmen zu reagieren, zumal sie sinkende Ölpreise erwartet.

Abbildung 4:
Finanzmarkt-basierte Inflationserwartungen¹ im Euroraum
- in % -



¹ Mittlere Sätze inflationsindexierter Swaps verschiedener Laufzeiten. Tagesdaten in Monatsabständen (Stand 07.03.2014). Inflationsindexierte Swap-Kontrakte sind Termingeschäfte über den Austausch von Zahlungen in fester Höhe (die sogenannte „feste Seite“ des Swaps) gegen einen variablen Zahlungsstrom, dessen Höhe sich aus der tatsächlichen Inflationsrate ergibt. An dem durchschnittlich von den Marktteilnehmern vereinbarten festen Swapsatz kann die auf dem Swap-Markt im Mittel erwartete Inflationsrate unmittelbar abgelesen werden.

Quellen: Thomson Reuters; eigene Darstellung.

Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten erst für die Zeit nach Ende des Prognosezeitraums zu rechnen. Diese Einschätzung wird auch von verschiedenen Maßen zu den Inflationserwartungen gestützt. Die Umfrage der EZB unter professionellen Prognostikern und sich aus Finanzmarktpreisen ergebende Inflationserwartungen zeigen, dass diese erst in der Fünfjahresfrist in der Nähe der Zielinflationsrate verankert sind (vgl. Abbildung 4). Vorübergehend wird hingegen eine niedrigere Inflationsrate erwartet, jedoch für den Euroraum als Ganzes keine Deflation.

Der geringe Preisauftrieb geht auch auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung in den Krisenländern zurück. In einer Reihe von Ländern sind in den vergangenen Jahren Reformen umgesetzt worden, die im Falle von Produktmarkt-reformen direkt und im Fall von Arbeitsmarkt-reformen indirekt – über die Lohnkosten – dämpfend auf den Preisanstieg wirken. Typischerweise sind die Effekte zu Beginn solcher Reformprogramme am stärksten; aber auch für den Prognosezeitraum kann kaum mit einem Nachlassen der preisdämpfenden Effekte gerechnet werden. Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass im Zuge der Rezession die Kapazitätsauslastung merklich gesunken ist. Vor allem ist die Arbeitslosenquote stark gestiegen, und dies dürfte den Lohnauftrieb zusätzlich gedrückt haben. Auch vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Erholung wird dieser Effekt nur sehr allmählich an Bedeutung verlieren. Zugleich sind auch die erwarteten geringen Preissteigerungen in den übrigen Ländern des Euroraums nicht in der Lage, die dämpfenden Effekte aus den Krisenländern zu kompensieren.

Somit ist das Deflationsrisiko in einigen Ländern des Euroraums nicht zu vernachlässigen. Mit einer Rückkehr zu Preissteigerungsraten in der Nähe der Zwei-Prozent-Marke ist angesichts des Ausmaßes der

Freilich ist die Unterauslastung der Kapazitäten weiter beträchtlich. Umfragen der Europäischen Kommission zufolge liegt die Kapazitätsauslastung im Produzierenden Gewerbe im Euroraum aktuell um 1,3% unterhalb des langjährigen Mittels, im

übrigen Euroraum (ohne Deutschland) sogar um 2,0%. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird dadurch spürbar gedämpft. Im Januar 2014 lag der Verbraucherpreisindex lediglich 0,8% über seinem Vorjahresniveau und damit deutlich unterhalb der

mittelfristigen Zielmarke der Europäischen Zentralbank von knapp 2%. Die Verlangsamung des Preis-
auftriebs geht aber auch auf die Stabilität der
Energie- und Rohstoffpreise auf den Weltmärkten,
die Aufwertung des Euros (real effektiv um etwa
4% seit Anfang 2013), und das Auslaufen der Effekte
von Steuererhöhungen zurück (vgl. Kasten 2).

Für eine fortgesetzte konjunkturelle Erholung
im laufenden Jahr sprechen verschiedene Stim-
mungsindikatoren. Sowohl die Unternehmen als auch
die privaten Haushalte beurteilen ihre wirtschaft-

lichen Aussichten deutlich zuversichtlicher als noch
vor einem halben Jahr. Im Verlauf des Jahres 2014
dürfte die Erholung noch ein Stück weit an Breite
und Kraft gewinnen. Dafür spricht, dass der Re-
striktionsgrad der Finanzpolitik wohl weiter ab-
nehmen wird; im Jahr 2015 dürfte von fiskalischer
Seite sogar ein leicht positiver konjunktureller Im-
puls ausgehen. Zudem stützt die Geldpolitik. Von
Seiten der EZB wurde, schon vor der letzten Sen-
kung der Leitzinsen um 0,25 Basispunkte, ange-
kündigt, diese für längere Zeit auf niedrigem Niveau

Tabelle 6:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
- 2013 bis 2015 -

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^b			Arbeitslosenquote ^c		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Deutschland	20,6	0,4	2,0	2,0	1,6	1,3	1,7	5,3	5,2	5,1
Frankreich	15,7	0,3	1,0	1,3	1,0	1,0	1,1	10,8	10,9	10,7
Italien	12,1	-1,9	0,5	0,8	1,3	0,7	1,0	12,2	12,9	12,7
Spanien	7,9	-1,2	0,9	1,2	1,5	0,3	0,6	26,4	25,3	25,0
Niederlande	4,6	-0,8	0,8	1,4	2,6	1,1	0,9	6,7	7,2	7,0
Belgien	2,9	0,2	1,3	1,5	1,2	1,1	1,1	8,4	8,5	8,4
Österreich	2,4	0,4	1,5	1,8	2,1	1,5	1,7	4,9	5,0	5,0
Griechenland	1,5	-3,6	0,0	1,8	-0,9	-1,2	-0,5	27,0	28	27
Finnland	1,5	-1,4	0,5	1,6	2,2	1,8	1,6	8,2	8,3	8,2
Portugal	1,3	-1,4	1,2	1,6	0,4	0,3	0,4	16,5	15,2	14,5
Irland	1,3	0,3	1,6	2,2	0,5	0,5	1,0	13,1	12	11,5
Slowakei	0,6	0,9	1,8	2,9	1,5	1,0	2,0	14,2	13,5	13
Luxemburg	0,3	2,1	2,3	1,9	1,7	1,5	1,8	5,9	6,2	6,1
Slowenien	0,3	-1,1	-0,2	0,7	1,9	0,8	1,0	10,2	10,5	10,3
Lettland	0,2	5,2	2,0	3,5	0,0	1,8	2,0	11,9	11,5	11,0
Zypern	0,1	-6,0	-4,0	1,1	0,4	0,0	0,8	16,0	17,5	17,5
Estland	0,1	0,7	1,5	3,5	3,2	1,5	2,5	8,8	9,0	8,5
Malta	0,1	2,0	2,0	2,0	1,0	1,0	1,3	6,5	6,4	6,4
Euroraum insgesamt	73,3	-0,4 ^f	1,2	1,5	1,4	1,0	1,2	12,1	12,0	11,8
Euroraum ohne Deutschland	52,8	-0,7	0,9	1,3	1,3	0,8	1,0	14,6	14,5	14,2
Großbritannien	14,9	1,9	2,5	2,3	2,6	2,0	2,0	7,5	6,9	6,5
Schweden	3,1	1,5	2,2	2,5	0,4	1,0	2,3	8,0	8,0	7,8
Polen	2,9	1,5	2,2	2,9	0,8	1,3	2,0	10,3	9,8	9,6
Dänemark	1,9	0,4	1,5	1,8	0,5	1,4	1,6	7,0	6,8	6,6
Tschechien	1,2	-1,0	1,6	2,2	1,4	1,0	1,5	7,0	6,7	6,5
Rumänien	1,0	3,5	2,5	2,5	3,2	2,1	3,0	7,3	7,2	7,1
Ungarn	0,8	1,1	1,8	2,0	1,7	2,0	2,7	10,2	9,3	9,0
Kroatien	0,3	-0,7	0,4	1,4	2,3	1,3	1,5	17,6	17,5	17,2
Bulgarien	0,3	0,8	1,5	2,0	0,4	0,5	1,5	12,9	13,0	13,0
Litauen	0,3	3,3	2,9	3,2	1,2	1,0	1,8	11,8	10,5	10,0
MOE-Länder ^d	7,9	1,1	1,9	2,5	1,5	1,4	2,0	10,0	9,6	9,4
EU 28 ^e	100	0,1	1,5	1,7	1,5	1,1	1,4	10,9	10,7	10,5

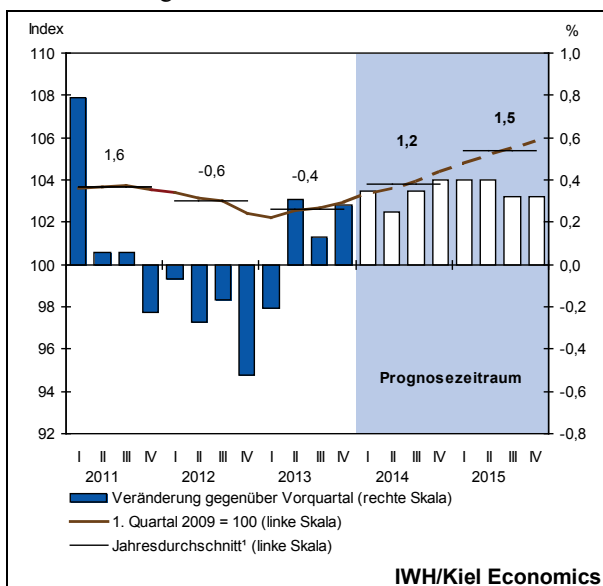
^a Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie Deutschland – nicht. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert. – ^d Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland. – ^e Summe der aufgeführten Länder, Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2012. – ^f -0,5 ohne Lettland.

Quellen: Eurostat; eigene Prognose.

zu belassen. Dies dürfte die Investitionen stützen. Jedoch dämpfen die restriktiven Kreditvergabebedingungen aufgrund der ungelösten Probleme im Bankensektor und der weitere Abbau öffentlicher und privater Verschuldung nach wie vor die konjunkturelle Dynamik. Für das kommende Jahr besteht allerdings die Chance, dass die sehr niedrigen Zinsen auch im übrigen Euroraum ihre Wirkung zunehmend entfalten. Denn dann wird die EZB ihre Stresstests der Großbanken im Euroraum abgeschlossen haben, und wenn eine Rekapitalisierung von Instituten mit Defiziten in der Eigenkapitalbasis gelingt, dürften die Banken ihre Kreditvergabe wieder ausweiten. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen werden dann voraussichtlich Auftrieb bekommen, nicht zuletzt weil vielerorts Ersatzinvestitionen wegen der Rezession zurückgestellt wurden.

Alles in allem ist für das laufende Jahr mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 1,2% zu rechnen. Im kommenden Jahr wird die Produktion, getragen von Ausrüstungsinvestitionen und privatem Konsum, ihr Niveau vom laufenden Jahr nach vorliegender Prognose um 1,5% übertreffen (vgl. Abbildung 5). Die Lohn- und Preissteigerungen dürften im gesamten Prognosezeitraum sehr gering bleiben und zu einem weiteren Wiederaufbau preislicher Wettbewerbsfähigkeit im übrigen Euroraum beitragen.

Abbildung 5:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- saisonbereinigter Verlauf -

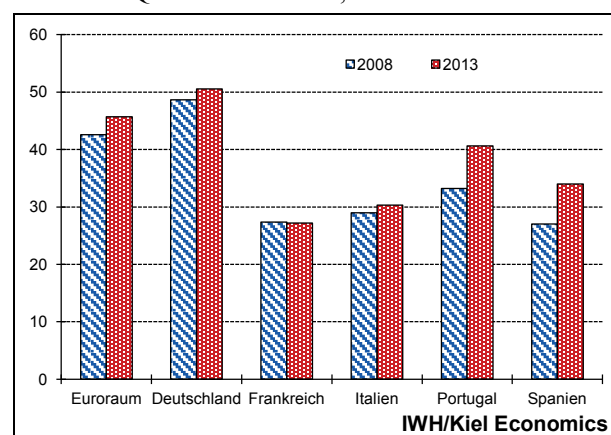


¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Die Aussichten sind für die einzelnen Mitgliedsländer sehr heterogen (vgl. Tabelle 6). Während etwa Portugal und Spanien bemerkenswerte Fortschritte bei der Flexibilisierung ihrer Arbeits- und Gütermärkte erzielt haben, sind in zwei großen Mitgliedstaaten des Euroraums, in Italien und Frankreich, Strukturreformen bisher wenig vorangekommen. Während sich die iberischen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren noch weiter in die internationale Arbeitsteilung integriert haben, sind die französische und italienische Wirtschaft hier kaum vorangekommen (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6:
Exporte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
- erste drei Quartale des Jahres; in % -



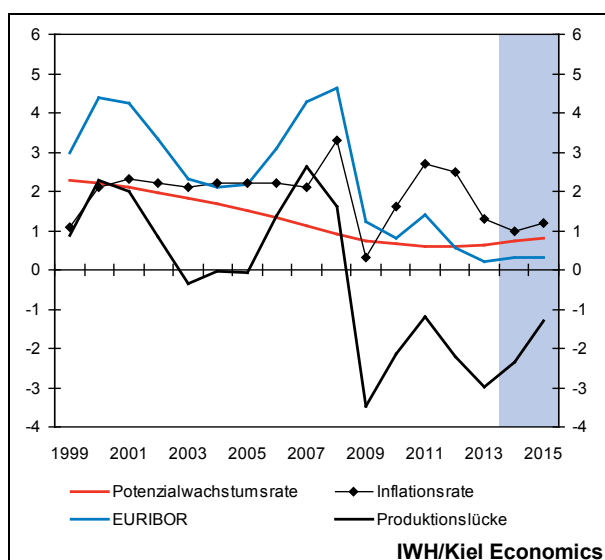
Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung.

Vorerst keine weitere Zinssenkung

Die Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank im November 2013 konnte die Inflationserwartungen der privaten Akteure kaum in die gewünschte Richtung lenken (vgl. Abbildung 7). Die Erwartungen für die Inflationsraten in einem und in zwei Jahren gingen zuletzt noch einmal deutlich zurück. Vor allem die Inflationserwartungen für den Zeitraum von zwei Jahren sanken im ersten Quartal 2014 auf 1,5% (Survey of Professional Forecasters) und damit unterhalb des mittelfristigen Inflationsziels der EZB. Allerdings liegen die Inflationserwartungen für die Fünf-Jahres-Frist weiterhin stabil auf Zielniveau und die niedrigen aktuellen Inflationsraten sind zu einem Gutteil auf die sinkenden Energiepreise und die Aufwertung des Euro zurückzuführen. Auch für den Prognosezeitraum erwartet die EZB weiter sinkende Energiepreise. Deshalb sieht sie sich aktuell nicht veranlasst, die Geldpolitik noch einmal expansiver auszurichten; die konjunkturellen Auswirkungen einer weiteren

Zinssenkung dürften auch sehr begrenzt sein. Der Expansionsgrad könnte jedoch durch den Einsatz alternativer Instrumente erhöht werden.² Dafür spricht die aktuelle Gefahr einer Deflation in einigen Ländern, die sich nicht nur in den niedrigen Inflationserwartungen sondern auch in anderen Indikatoren widerspiegelt. So wird der Preisdruck sowohl nachfrageseitig (vor allem aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit) als auch angebotsseitig (aufgrund kaum steigender Lohnkosten) gering bleiben. Zudem nahm die Geldmenge M3 zuletzt zwar etwas beschleunigt zu, was aber vor allem auf die Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen war. Die Kreditvolumina sind nach wie vor rückläufig.

Abbildung 7:
Indikatoren für die Geldpolitik im Euroraum
- in % -



Quellen: Europäische Zentralbank; Ameco; European Banking Federation; ab 2014: eigene Prognose.

Seit Anfang 2009 halten die europäischen Banken Guthaben bei der EZB, die zeitweilig sehr weit über die geforderten Mindestreserven hinausgingen. Diese Überschussliquidität betrug in der Spitze mehr als 850 Mrd. Euro. Seit Mitte des Jahres 2012 baut sich die Überschussliquidität jedoch rasant ab und liegt aktuell bei unter 200 Mrd. Euro. Die Senkung des Zinses für die Einlagenfazilität der EZB auf 0% im Juli 2012 erhöhte noch einmal die Opportunitätskosten der Einlagen bei der EZB. Dass die Banken dennoch Geld bei der EZB parken,

² Ein Überblick über alternative Instrumente der Geldpolitik findet sich in Holtemöller, O.; Altemeyer-Bartscher, M.; Knedlik, T.; Lindner, A.; Zeddies, G.: *Zur Wirtschaftspolitik: Strukturreformen auch in Deutschland erforderlich!*, in: Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014, 49-51.

ist auf die hohe Unsicherheit im Bankensektor zurückzuführen. Der Rückgang der Überschussliquidität ist somit ein Zeichen für die Normalisierung der Situation am Interbankenmarkt. Einhergehend mit dem Rückgang der Überschussliquidität steigen auch die Geldmarkt-Zinsen auf ein Niveau an, das wieder leicht oberhalb des Leitzinses liegt – wie zu Vorkrisenzeiten. Dies stellt zwar eine begrüßenswerte Normalisierung dar, allerdings erhöhen sich dadurch die Finanzierungskosten der Banken, vor allem in den Nicht-Krisenländern, trotz der Leitzinssenkung im November. Deren expansiver Effekt ist damit sehr begrenzt. Setzt sich die Normalisierung am Interbankenmarkt fort, dann ist zu erwarten, dass künftige Leitzinsänderungen wieder stärkere Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen der Banken haben werden und damit stärker auf die Kreditvergabe durchwirken können.

Die Kreditzinsen sind im Euroraum zuletzt weitgehend unverändert geblieben, wobei die Verzinsung für neue Wohnungsbaukredite leicht anstieg, während sich Unternehmens- und Konsumentenkredite etwas verbilligten. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey, dass die bis zuletzt rückläufige Nachfrage nach Unternehmenskrediten in den kommenden drei Monaten stagniert. Ebenso wird erwartet, dass die Nachfrage der privaten Haushalte nach Krediten nicht weiter zurückgeht. Angesichts der zu erwartenden weiteren Entspannung im Bankensektor werden sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte an den Kreditmärkten im Prognosezeitraum etwas verbessern. Für eine künftige Ausweitung des Kreditangebots spricht auch, dass die Banken im Berichtszeitraum (2013) für die Überprüfung der Banken durch die EZB (Asset Quality Review) eher zögerlich Kredite vergaben, um die Eigenkapitalquoten hoch zu halten.

An den Kapitalmärkten zeigte sich zuletzt – wie zuvor erwartet – ein Anstieg der Renditen risikoreicher Papiere bei einem gleichzeitigen Rückgang von Risikoprämien auf Papiere niedrigerer Bonität. Das Abklingen der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise wirkt sich somit auch an den Kapitalmärkten aus. Die Umlaufrenditen risikoreicher Wertpapiere bleiben dabei zunächst weiterhin niedrig und steigen im Prognosezeitraum nur allmählich weiter in Richtung des langfristigen Niveaus an.

Binnen Jahresfrist wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar um etwa 7% auf. Diese nominale Aufwertung spiegelt sich angesichts der schwachen Preisentwicklung im Euroraum in einer geringeren

Aufwertung des realen effektiven Wechselkurses in Höhe von etwa 4% wider. Diese fortgesetzte Aufwertungsphase des Euro an den Devisenmärkten dürfte derzeit dämpfend auf die monetären Bedingungen in Europa wirken.

Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum weiterhin günstig. Dabei verringern sich die Unterschiede in den Finanzierungsbedingungen zwischen Krisenländern und den stabileren Ländern im Prognosezeitraum kaum.

Aufschwung in Großbritannien

Großbritannien befindet sich seit dem Jahr 2013 im Aufschwung. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg um 1,8%. Träger des Aufschwungs sind die privaten Haushalte, deren Konsumausgaben um 2,4% zulegten. Zudem steigen die Häuserpreise schon seit der zweiten Jahreshälfte 2012 deutlich, und die starke Nachfrage nach Wohnraum gibt der Bauwirtschaft Aufwind. Erst im Schlussquartal des Jahres dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen kräftiger angezogen haben.

Die privaten Haushalte haben ihren höheren Konsum finanziert, indem sie ihre Sparquote senkten, denn die real verfügbaren Einkommen stagnierten auch im Jahr 2013 in etwa. Die gedämpfte Lohnentwicklung ist wohl ein wesentlicher Grund für den starken Anstieg der Beschäftigung und damit auch des Vertrauens in die wirtschaftliche Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit ist viel schneller zurückgegangen als die Bank von England erwartet hatte, als sie im vergangenen August bekanntgab, sie würde erst an Zinserhöhungen denken, wenn die Arbeitslosenquote unter 7% gefallen sei. Dieser Wert ist schon fast erreicht worden. Die Bank hat daraufhin im Februar 2014 ihre Kommunikationsstrategie gewechselt: Der Leitzins werde bis auf weiteres bei 0,5% bleiben, nämlich solange wie die Zentralbank aus einer Reihe von Indikatoren auf unterausgelastete Kapazitäten schließen könne. Auf freie Kapazitäten deutet gegenwärtig hin, dass die Inflationsrate erstmals seit Ende 2009 wieder in die Nähe des Zielwerts von 2% gefallen ist. Dabei hat allerdings auch die Aufwertung des Pfunds im Lauf des Jahres 2013 (um 4,5% real effektiv seit Januar 2013) eine Rolle gespielt.

Wie die Geldpolitik so wird auch die Finanzpolitik ihre Ausrichtung beibehalten: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen soll in etwa gleicher Intensität fortgesetzt werden, ein zusätzlich dämpfender Impuls kommt also von dieser Seite nicht. Die gute Konjunktur verspricht höhere Steuerein-

nahmen und damit einen Defizitabbau, der etwas schneller ist als im vorigen Jahr erwartet. Freilich dürfte auch im Fiskaljahr 2014/2015 (das im April beginnt) das Defizit noch etwa 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen.

Die Aussichten für die Binnenkonjunktur in diesem und im kommenden Jahr scheinen auch deshalb recht günstig, weil sich der Finanzsektor von der Finanzkrise weiter erholt und die Kreditkonditionen für nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte sich seit dem Jahr 2012 nach und nach verbessert haben. Die Schulden der privaten Haushalte sind zwar immer noch hoch, aber von ihrem Spitzenwert von 160% relativ zu den Einkommen im Jahr 2008 auf knapp 140% im Jahr 2013 gesunken, und die Belastung der Haushalte mit Finanzierungskosten ist aufgrund des niedrigen Zinsniveaus im langjährigen Vergleich sogar eher niedrig. Der Außenhandel dürfte die Konjunktur zwar weiter dämpfen, denn die britische Exportwirtschaft verliert im internationalen Wettbewerb tendenziell seit Jahren an Boden. Aber die Insel bleibt als Anlageort für ausländisches Vermögen weiter attraktiv, und davon profitieren Bauwirtschaft und viele Dienstleistungen. Die vorliegende Prognose rechnet mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Großbritannien um 2,5% im Jahr 2014 und für 2015 mit 2,3%. Die Verbraucherpreisinflation liegt in beiden Jahren mit 2,0% nahe ihrem Zielwert.

Trotz Krimkrise Chancen auf einen Aufschwung in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern

Die Krise des Euroraums hat auch die Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern in den vergangenen beiden Jahren schwer in Mitleidenschaft gezogen, die Konjunktur hat aber dort im Verlauf des Jahres 2013 wieder Fahrt aufgenommen. Dabei spielt das Wiederanziehen der Nachfrage aus dem Euroraum erst seit der zweiten Jahreshälfte 2013 eine Rolle. Schon vorher dürfte die Rückkehr des Vertrauens in die Stabilität der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Europa die Konjunktur auch in Mittel- und Osteuropa stabilisiert haben. Die Arbeitslosigkeit geht vielerorts langsam zurück; allerdings wohl auch deshalb, weil die Erwerbsbevölkerung aus demographischen Gründen sinkt.

Wie andernorts in der EU, so hat auch in Mittel- und Osteuropa der Preisauftrieb stark nachgelassen; in den Visegrád-Ländern liegen die Inflationsraten bei den Verbraucherpreisen im Vorjahresvergleich

unter 1%. Die Zentralbanken haben die Leitzinsen im vergangenen Jahr vielfach kräftig gesenkt – freilich nicht dort, wo – wie in der Tschechischen Republik und in den Mitgliedstaaten der Währungsunion – die Nullzinsgrenze schon fast erreicht ist. Auch hängen die Finanzierungsbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht nur von der heimischen Geldpolitik, sondern auch von der Geschäftspolitik der supranationalen, vielfach im Euroraum angesiedelten Banken ab, und diese sind gegenwärtig eher vorsichtig.

Die Finanzpolitik war zuletzt im Allgemeinen restriktiv ausgerichtet. Für wichtige Länder wie die Tschechische Republik und Ungarn wird das 2014 nicht mehr gelten. In Polen soll zwar zunächst weiter konsolidiert werden, die polnische Regierung hat aber mit der Übernahme der von den Pensionsfonds gehaltenen Staatsschuldtitel ihren finanzpolitischen Spielraum mit einem Schlag wesentlich erweitert.

Die Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass die Erholung Anfang dieses Jahres weiter an Kraft gewonnen hat. Für den Prognosezeitraum ist mit einem moderaten Aufschwung in der Region zu rechnen, der von den ökonomischen Konsequenzen der Krimkrise, wenn sie denn politisch eingedämmt werden kann, nur wenig gedämpft werden dürfte. Denn die Handelsverflechtungen zwischen Russland und der Ukraine auf der einen und den größeren mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU sind trotz der geographischen Nähe nicht allzu hoch (vgl. Kasten 1). Die sehr schwache Konjunktur in Russland dürfte allerdings die Konjunktur in den kleinen baltischen Volkswirtschaften spürbar dämpfen. Alles in allem dürfte der Produktionszuwachs in der Region 1,9% im Jahr 2014 und 2,5% im Jahr 2015 betragen (vgl. Tabelle 6).

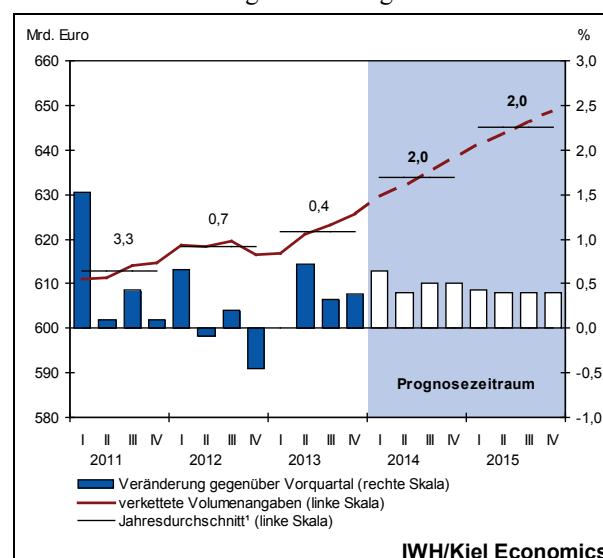
Deutsche Konjunktur

Aufschwung gewinnt an Breite

Nach der Stagnation zum Jahresbeginn 2013 und einer beginnenden Erholung im Sommerhalbjahr hat das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2013 um 0,4% zugelegt (vgl. Abbildung 8). Dies ist zum einen auf den Außenhandel zurückzuführen, da die Exporte von Waren und Dienstleistungen mit dem sich kräftigenden Welthandel zuletzt deutlich expandierten, während die Importe angesichts eines relativ schwachen Konsums am Jahresende 2013

eher verhalten stiegen. Zum anderen hatte sich die im Sommer beginnende Erholung der Investitionen – vor allem aufgrund der abnehmenden Unsicherheiten der Unternehmen und immer noch sehr günstiger Finanzierungsbedingungen – weiter fortgesetzt.³ So konnten solche gewichtigen Bereiche wie das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Unternehmensdienstleister im Schlussquartal 2013 ihre Produktion kräftig ausweiten.

Abbildung 8:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Die Perspektiven für die Konjunktur in Deutschland bleiben günstig. Für die ersten beiden Quartale des Jahres 2014 signalisieren Kurzfristschätzungen auf Basis von Indikatoren Zuwachsraten von 0,6% und 0,4% (vgl. Tabelle 7). Zu Jahresbeginn ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und – wegen des milden Wetters – im Baugewerbe deutlich expandiert. Im Verarbeitenden

³ Vielfach verwendete Indikatoren für die Unsicherheit der Unternehmen wie der Politische Unsicherheitsindikator (Baker, S. R.; Bloom, N.; Davis, S. J.: *Measuring Economic Policy Uncertainty*. Arbeitspapier. University of Chicago und Stanford University 2013) oder der ifo Unsicherheitsindex (Bachmann, R.; Elstner, S.; Sims, E. R.: *Uncertainty and Economic Activity: Evidence from Business Survey Data*, in: *American Economic Journal: Macroeconomics*, Vol. 5 (2), 2013, 217-249) befanden sich im Winterhalbjahr 2012/2013 immer noch auf einem sehr hohen Niveau und haben sich im Verlauf des Jahres 2013 erheblich zurückgebildet. Die implizite Aktienindexvolatilität (VADX) ist bereits im Verlauf des Jahres 2012 zurückgegangen.

Tabelle 7:
 Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a
 - Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,3	0,6	0,2	-0,1	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,2	-0,4	1,2	0,0	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	0,3	0,3	0,3
Ausrüstungen	-1,4	0,5	0,1	1,4	0,8	1,4	1,6	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5
Bauten	-1,5	1,7	2,1	1,4	1,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
sonstige Anlagen	-0,9	1,6	1,4	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0
Vorratsinvestitionen ^b	0,3	-0,1	0,0	-0,8	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,3	0,4	0,6	-0,7	1,1	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ^b	-0,3	0,3	-0,3	1,1	-0,4	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	-0,1	-0,1
Exporte	-1,0	2,4	0,2	2,6	0,9	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Importe	-0,5	1,9	0,8	0,6	1,9	1,6	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,7	0,3	0,4	0,6	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und arbeitstäglige bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Gewerbe, im Großhandel und im Bauhauptgewerbe bewerten die Unternehmen zudem laut ifo-Konjunkturtest ihre Geschäftserwartungen nochmals deutlich besser als zuvor. Auch der Markit/BME-Einkaufsmanager-Index im Produzierenden Gewerbe ist angestiegen und weist auf eine anhaltend kräftige Expansion in Deutschland hin. Die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind ebenfalls aufwärtsgerichtet. Insbesondere steigen auch wieder die Aufträge aus dem Euroraum, dem für Deutschland wichtigsten Absatzraum. Dies erfolgt vor dem Hintergrund tendenziell zunehmenden Unternehmensvertrauens in die Gesundheit der Abnehmerländer deutscher Exporte, auch wenn wegen des russisch-ukrainischen Konfliktes jüngst neue Unsicherheit aufgekommen ist.

Eine wesentliche Stütze der Konjunktur bleibt der Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat bis zuletzt zugenommen und der Beschäftigungsaufbau dürfte auch im Prognosezeitraum anhalten. Dies dürfte die Konsumneigung wieder stärken. So deutet das Konsumklima laut GfK-Umfrage auf eine wieder steigende Konsumlaune der Verbraucher hin. Auf anhaltende Impulse für den Wohnungsbau weisen die im Jahr 2013 kräftig gestiegenen Baugenehmigungen für Wohngebäude hin. Positiv sehen auch die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten die konjunkturelle Entwicklung. Die Finanzierungsbedingungen bleiben selbst bei einer leichten Verschärfung alles in allem sehr günstig und stützen die mit den höhe-

ren Absatzerwartungen wohl weiter zunehmenden Investitionsabsichten der Unternehmen.

Tabelle 8:
 Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
 - in Prozentpunkten -

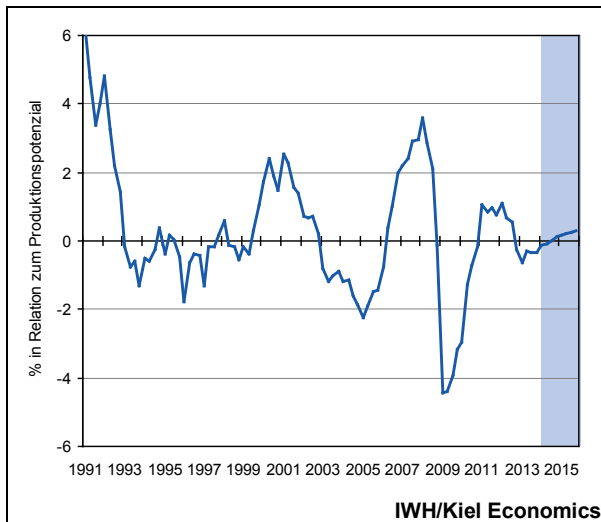
	2013	2014	2015
Konsumausgaben	0,6	1,1	1,4
private Konsumausgaben	0,5	0,9	1,1
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,8	0,7
Ausrüstungen	-0,2	0,3	0,4
Bauten	0,0	0,5	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,0
Vorratsveränderung	-0,1	-0,2	0,0
inländische Verwendung	0,4	1,8	2,2
Außenbeitrag	0,0	0,2	-0,2
Exporte	0,4	2,8	2,8
Importe	-0,4	-2,6	-3,0
Bruttoinlandsprodukt	0,4	2,0	2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Im gesamten Prognosezeitraum bleibt die Binnen-nachfrage der Haupttreiber des Aufschwungs in Deutschland. Die deutlich anziehenden Exporte werden im laufenden Jahr zwar einen positiven Beitrag des Außenhandels bewirken, er bleibt aber gering. Im kommenden Jahr wird ungeachtet einer Zunahme der Exporte vom Außenhandel ein nega-

tiver Expansionsbeitrag zu erwarten sein, da die starke Binnennachfrage die Einfuhren deutlich stimulieren wird (vgl. Tabelle 8).

Abbildung 9:
Produktionslücke in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Tabelle 9:
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

	2013	2014	2015
statistischer Überhang ^a	-0,3	0,6	0,7
Jahresverlaufsrate ^b	1,4	2,1	1,6
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,5	2,0	1,8
Kalendereffekt ^c	-0,1	0,0	0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	0,4	2,0	2,0

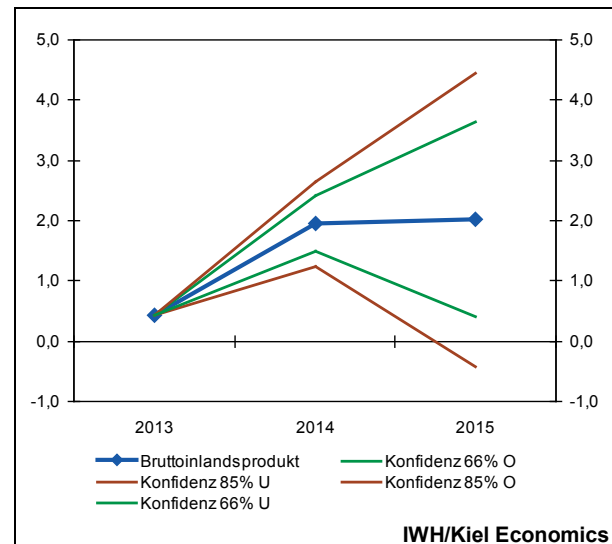
^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2014 dürfte die Produktionslücke im späteren Prognoseverlauf positiv ausfallen (vgl. Abbildung 9). Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt in den Jahren 2014 und 2015 um jeweils 2% (arbeitstäglich bereinigt um 2% in diesem und 1,8% im nächsten Jahr, vgl. Tabelle 9). Der Preisauftrieb dürfte sich erst im kommenden Jahr verstärken; dafür spielt auch die Einführung des Mindestlohns ab 2015 eine Rolle. Die öffentlichen Haushalte erzielen im Prognosezeitraum Überschüsse.

Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,5% bis 2,4%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 3,6% (vgl. Abbildung 10).⁴ Dieses Intervall beziffert die mit dem Basisszenario, dessen Rahmenbedingungen im folgenden Abschnitt beschrieben werden, verbundene Prognoseunsicherheit; es beinhaltet keine Extremrisiken.

Abbildung 10:
Prognoseunsicherheit¹
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent wird im Jahr 2014 bei 110 US-Dollar und im Jahr 2015 bei ungefähr 112 US-Dollar je Barrel liegen. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt ab dem ersten Quartal 2014 bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,38 US-Dollar/Euro.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte sich aufgrund der im internationalen Vergleich hier stärker steigenden Lohn-

⁴ Das 66%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Zuwachsrates mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

stückkosten etwas verschlechtern. Für den Welt- handel wird erwartet, dass dieser im Jahr 2014 um 4,5% und im Jahr 2015 um 4,8% zunimmt. Ferner wird davon ausgegangen, dass der Hauptrefinanzierungssatz der EZB am Jahresende 2015 bei 0,25% liegen wird.

Die *monetären Bedingungen* in Deutschland sind weiterhin günstig. Sowohl die Zinsen an den Kreditmärkten als auch die Umlaufrenditen an den Kapitalmärkten liegen zum Jahresende 2013 in etwa auf Vorjahresniveau. Die Kreditvolumina entwickelten sich schwach, wobei zuletzt weniger Unternehmenskredite vergeben wurden, während das Volumen der Kredite an private Haushalte etwas zulegte. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey auch künftig nur moderate Zuwächse der Kreditnachfrage. Da aufgrund der derzeit immer noch sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für deutsche Banken deren Kosten im Prognosezeitraum eher steigen dürften, steigen auch die Kredit-

zinsen in den kommenden Jahren tendenziell an. Auch die Kapitalmarktrenditen werden im Zuge der weiteren Entspannung der Schulden- und Vertrauens- krise im Euroraum weiter steigen. Hinzu kommen aufgrund einer im Vergleich zum sonstigen Euro- raum etwas höheren Preisdynamik in Deutschland auch restriktive Impulse von der preislichen Wett- bewerbsfähigkeit. In Deutschland bleiben die mone- tären Rahmenbedingungen damit zwar auf einem günstigen Niveau, sie werden sich aber im Prognose- zeitraum tendenziell normalisieren.

Im Jahr 2014 wird die *Finanzpolitik* erneut ex- pansiv ausgerichtet sein (vgl. Tabelle 10). Dies ist im Wesentlichen auf die zur Mitte des Jahres in Kraft tretenden Leistungsausweitungen in der gesetz- lichen Rentenversicherung zurückzuführen. Zudem erhöhen die weitere Anhebung des steuerfreien Existenzminimums und die schrittweise Herauf- setzung der Abzugsfähigkeit von Altersvorsorge- aufwendungen im Rahmen des Alterseinkünftege-

Tabelle 10:
Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a
- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2013 -

	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,9
Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums	-1,5	-1,7
Betreuungsgeld	-0,7	-0,8
Beseitigung von Flutschäden	-1,0	2,0
Strompreiskompensation	-0,4	-0,4
degressive AfA	-0,2	-0,2
Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes	-0,1	-0,1
Änderung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts	-0,2	-0,2
Unternehmensteuerreformgesetz 2008	0,1	0,3
steuerliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften	0,1	0,1
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,3
Amtshilferichtlinien-Umsetzungsgesetz	0,2	0,4
sonstige steuerliche Maßnahmen ^b	-0,1	-0,1
schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,3	0,4
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	0,5	1,0
Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	0,0	0,1
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35%		3,5
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2012 auf 19,6% und zum 01.01.2013 auf 18,9%	-0,1	-0,3
Leistungsausweitungen in der Pflegeversicherung		-2,3
Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	-4,4	-9,0
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen des Bundes		-0,5
Aufstockung der Bundesmittel zur Städtebauförderung	-0,2	-0,2
insgesamt^c	-8,3	-9,6
insgesamt gegenüber 2013 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,3	-0,3
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,3	-0,0

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und EWU-Mitgliedstaaten. –

^b Steuervereinfachungsgesetz 2011, Verkehrssteueränderungsgesetz, Gesetz zur Neuregelung der Kfz-Steuer und Änderung anderer Gesetze, 2. VO zur Änderung der EnergieSt.- und der StromSt.-DVO vom 24. Juli 2013. – ^c Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

setzes die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Auch von den staatlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Sommer 2013 gehen expansive Impulse aus, und das zum 1. August 2013 eingeführte Betreuungsgeld entfaltet im Jahr 2014 seine volle Wirkung. Schließlich stellt der Bund zusätzliche Mittel für die Städtebauförderung bereit. Alles in allem beläuft sich der expansive finanzpolitische Impuls auf 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr ist die Finanzpolitik nahezu konjunkturalneutral ausgerichtet. Einerseits wirken die ab Mitte des Jahres 2014 geplanten Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2015 erstmals ganzjährig, und vorgesehene Leistungsausweitungen in der Pflegeversicherung sowie zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur führen zu staatlichen Mehrausgaben. Zudem ergeben sich durch das Alterseinkünftegesetz weitere Entlastungen. Andererseits wirken das allmähliche Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen und die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung im kommenden Jahr nachfragedämpfend.

Beschäftigungsaufbau setzt sich fort

Im Gefolge der kräftigeren Produktionsentwicklung hat sich der Beschäftigungsaufbau fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im vierten Quartal des Jahres 2013 um 74 000 bzw. 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu. Der Beschäftigungsaufbau erfolgte fast vollständig in den Dienstleistungsbereichen. Dabei entfiel die Hälfte des gesamten Beschäftigungszuwachses auf den Bereich der Unternehmensdienstleister. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg mit 0,4% erneut stärker als die Zahl der Erwerbstätigen.⁵ Etwa zwei Fünftel der Zunahme von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen waren Vollzeitstellen.⁶

⁵ Wegen Änderungen im Meldeverfahren kann nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit die aktuelle Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zurzeit nur schwer beurteilt werden. Die vorläufigen Angaben für November und Dezember 2013 dürften danach überhöht sein und werden voraussichtlich deutlich nach unten korrigiert. Vgl. hierzu *Bundesagentur für Arbeit*: Hintergrundinformation: [Auswirkungen von Veränderungen im Meldeverfahren auf die Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik](#). Nürnberg, Februar 2014.

⁶ Der letzte von der Änderung im Meldeverfahren unverzerrte Wert zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit für Oktober vor. Danach lag im Oktober 2013 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten um

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nahm um 0,8% sehr stark ab. Dies ist auf die deutliche Verringerung der geleisteten Arbeitszeit um 0,9% zurückzuführen.⁷

Trotz des Beschäftigungsaufbaus hat die registrierte Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 2013 nochmals leicht zugenommen. Dies ist insbesondere auf drei Ursachen zurückzuführen: Erstens führt die hohe Nettozuwanderung zu einem kräftigen Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials. So lag in den ersten zehn Monaten des Jahres 2013 der Wanderungssaldo bei 399 000 Personen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2012 betrug die Nettozuwanderung 369 000 Personen. Den größten Anteil hatten – wie bereits in den vergangenen Jahren – mit 28,7% die acht EU-Mitgliedsländer, für die ab dem 01.05.2011 die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt,⁸ Bulgarien und Rumänien (17,6%)⁹ sowie die vier südeuropäischen Krisenländer Griechenland, Portugal, Italien und Spanien (18,7%). Die hohe Nettozuwanderung schlägt sich auch in der Zahl der Beschäftigten nieder. Im Dezember 2013 übertraf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus diesen Ländern um knapp 136 000 Personen den Vorjahreswert.¹⁰ Vom gesamten Beschäftigungszuwachs entfielen damit knapp 28% auf Personen aus diesen EU-Mitgliedsländern.¹¹ Zweitens hat die Erwerbsbeteiligung

153 000 Personen bzw. 0,7% über dem Vorjahreswert, bei den sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten waren es 216 000 Personen bzw. 2,9%.

⁷ Die Entwicklung des Arbeitsvolumens und der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen im vierten Quartal 2013 wird bei Verwendung des Saisonbereinigungsverfahrens BV4.1 völlig anders ausgewiesen: Danach nahm das Arbeitsvolumen um 0,1% zu, und die Arbeitsstunden je Erwerbstätigen verringerten sich um 0,1%. Der Zuwachs der Erwerbstätigen betrug 0,2%. Betrachtet man die Entwicklung der Ursprungswerte im Vorjahresvergleich, so ergibt sich folgendes Bild: Das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen nahm um 0,6% gegenüber dem Vorjahresquartal zu, während die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen unverändert blieben.

⁸ Es handelt sich hierbei um Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen.

⁹ Für Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien war die Arbeitnehmerfreizügigkeit bis 31.12.2013 eingeschränkt.

¹⁰ Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*: Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat: September 2013. Nürnberg, November 2013.

¹¹ Zum Vergleich: Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland nahm zwischen Dezember 2012 und Dezember 2013 um 33 000 Personen zu. Davon kamen 19 300 Personen bzw. 58,4% aus den acht EU-Mitgliedsländern, für die ab dem

– vor allem von Frauen und Älteren – weiter zugenommen.¹² Die Erwerbsbeteiligungsquote der Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft lag im dritten Quartal 2013 bei 68,3%, gegenüber 67,9% im Vorjahresquartal. Drittens schließlich beeinflusst auch der weitere Rückgang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen das Ausmaß der registrierten Arbeitslosigkeit. So lag die Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen¹³ um 61 000 Personen bzw. 19,3% unter dem Vorjahresstand.

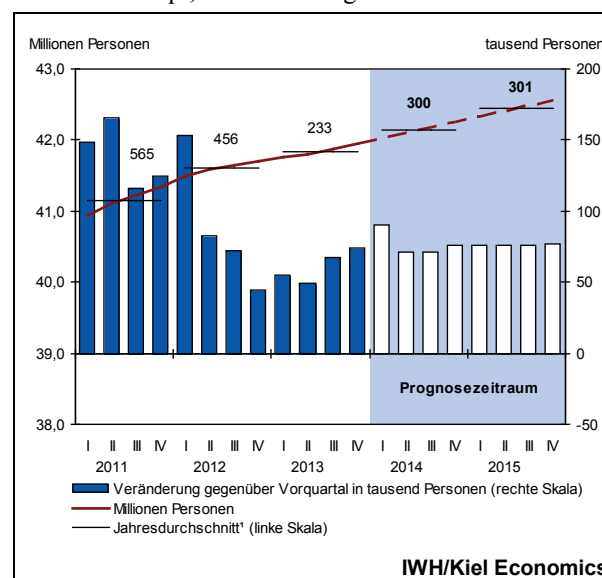
Im ersten Quartal 2014 wird sich die positive Beschäftigungsentwicklung fortsetzen. Darauf deutet auch die nach wie vor hohe Zahl an offenen Stellen hin.¹⁴ Im Durchschnitt des Jahres 2014 dürften etwa 300 000 bzw. 0,7% mehr Personen erwerbstätig sein als im Vorjahr. Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte weiter deutlich zunehmen.¹⁵ Die Nettozuwanderung wird wohl infolge des Wegfalls der Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus Bulgarien und Rumänien seit Beginn des Jahres 2014 nochmals steigen; im Jahresdurchschnitt dürfte der Wanderungssaldo +550 000 Personen betragen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nimmt seit Anfang des Jahres 2014 ab. Das Arbeitsmarktbarometer des

01.05.2011 die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt (vgl. Fußnote 8), aus Bulgarien und Rumänien sowie aus den vier südeuropäischen Krisenländern Griechenland, Portugal, Italien und Spanien.

- ¹² Vgl. Eurostat: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database.
- ¹³ Zu diesen werden hier die Maßnahmen zur Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. von Selbstständigkeit sowie die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen gezählt.
- ¹⁴ Nach Angaben des IAB gab es im vierten Quartal des Jahres 2013 in Deutschland 1,057 Millionen offene Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies waren knapp 21 000 bzw. 1,9% mehr als im Vorjahresquartal. Der Bestand an offenen Stellen entspricht in etwa der Zahl vor Ausbruch der Großen Rezession. Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB): IAB-Stellenerhebung: Mehr als eine Million offene Stellen im vierten Quartal 2013. Presseinformation vom 04.03.2014. Nürnberg 2014. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands (inklusive des Dienstleistungsgewerbes) ist im Februar 2014 deutlich gestiegen. Vgl. ifo München: ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland: Beschäftigungsbarometer steigt. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit ist zwar im Februar 2014 gesunken, tendenziell ist dieser aber aufwärtsgerichtet. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Der BA-X im Februar 2014: Kräftenachfrage tendenziell im Aufwuchs, aktuell aber Minus. Nürnberg 2014.
- ¹⁵ Vgl. Vgl. Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.: IAB-Prognose 2013/2014: Arbeitslosigkeit sinkt trotz Beschäftigungsrekord nur wenig, in: IAB-Kurzbericht, 18/2013, 7.

IAB deutet darauf hin, dass sich dies in den nächsten Monaten fortsetzen wird.¹⁶ Die Zahl der Arbeitslosen dürfte ab Mitte dieses Jahres auch durch die beabsichtigte Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren beeinflusst werden (vgl. Kasten 3). Im Durchschnitt des Jahres 2014 dürfte die Zahl der Arbeitslosen um ca. 26 000 Personen unter dem Vorjahresstand liegen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote¹⁷ dürfte im Jahr 2014 6,5% betragen.

Abbildung 11:
Erwerbstätige
- Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Auch im Jahr 2015 wird infolge der kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion die Beschäftigung deutlich zunehmen (vgl. Abbildung 11). Der Lohnkostendruck, der von der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes auf die Beschäftigung ausgehen wird, dürfte im Jahr 2015 aufgrund der vereinbarten Modalitäten noch nicht sehr stark sein. Gegenüber

¹⁶ Dieser Frühindikator steht zurzeit bei 102,6 und signalisiert einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten. Die Skala des Barometers reicht von 90 (stark steigende Arbeitslosigkeit) bis 110 (stark sinkende Arbeitslosigkeit). Vgl. IAB-Arbeitsmarktbarometer steigt zum vierten Mal in Folge. Pressemitteilung des IAB vom 25.02.2014.

¹⁷ Dabei wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf die Zahl der Erwerbspersonen, zu denen die registrierten Arbeitslosen und die Erwerbstätigen (Inland) gehören, bezogen.

Kasten 3:

Zu den Plänen einer abschlagsfreien Altersrente ab Vollendung des 63. Lebensjahres

In einem Gesetzentwurf der Bundesregierung ist vorgesehen, dass ab dem 1. Juli 2014 besonders langjährig Versicherten ein abschlagsfreier Rentenzugang ab dem Alter von 63 Jahren ermöglicht wird, sofern 45 Jahre Pflichtbeiträge aus Beschäftigung, selbstständiger Tätigkeit und Pflege sowie Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes erbracht wurden.^a Dabei sollen auch Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs berücksichtigt werden. Der abschlagsfreie Rentenzugang ab dem Alter von 63 Jahren soll für Versicherte der Geburtsjahrgänge bis 1952 gelten. Für Versicherte ab dem Geburtsjahrgang 1953 soll das Zugangsalter von 63 Jahren jeweils in Schritten von zwei Monaten je Geburtsjahrgang angehoben werden. Für Versicherte, die nach dem Jahr 1963 geboren sind, soll ein abschlagsfreier Renteneintritt ab dem vollendeten 65. Lebensjahr gelten.

Im Folgenden werden die Wirkungen der abschlagsfreien Rente ab dem vollendeten 63. Lebensjahr auf die Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit und den Finanzierungssaldo des Staates abgeschätzt. Dabei ist die Unsicherheit hoch, weil exakte Angaben zur Zahl der Personen, die von dieser gesetzlichen Regelung profitieren könnten, zurzeit nicht vorliegen. Die überschlägigen Berechnungen des IWH beruhen deshalb auf einigen rigiden Annahmen. Diese betreffen (a) die Zahl der Personen, die potenziell die Bedingungen der abschlagsfreien Rente ab dem Alter von 63 Jahren erfüllen; (b) den Anteil der Personen, die die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren tatsächlich in Anspruch nehmen sowie (c) die Wiederbesetzung der Arbeitsplätze dieser Personen. Im Folgenden werden die Annahmen im Einzelnen diskutiert.

Bei etwa einem Viertel der im Jahr 2012 gezahlten Renten^b liegen mindestens 45 anrechenbare Jahre vor.^c Bei den Berechnungen wird unterstellt, dass dieser Anteil auch für die Rentenzugänge gilt. Damit hätten von allen Personen, die im Jahr 2012 altersbedingt in Rente gegangen sind, etwa 160 000 Personen mindestens 45 Beitragsjahre geleistet. Den Berechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass im Jahr 2014 etwa 300 000 Personen potenziell die vorgezogene Rente in Anspruch nehmen können.^d Für das Jahr 2015 wird von einem Potenzial von 250 000 und für die darauffolgenden Jahre von 200 000 Personen ausgegangen.^e Für die Folgejahre wird die Zahl der Begünstigten auf etwa ein Viertel der Zugänge in Altersrente geschätzt. Mit der Zahl der Personen, die die formalrechtlichen Anforderungen an die abschlagsfreie Altersrente erfüllen, ist die Obergrenze für die Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Effekte dieser gesetzlichen Neuregelung fixiert.

Die Zunahme der Zahl der Rentner wird deutlich geringer ausfallen als die Zahl der durch die gesetzliche Neuregelung potenziell begünstigten Personen. Dies liegt unter anderem daran, dass auch nach geltendem Recht die Möglichkeit besteht, mit 63 Jahren in Rente zu gehen. Dabei müssen allerdings Abschläge in Kauf genommen werden. Diese Personen dürften auch künftig die – nunmehr abschlagsfreie – Rente ab dem 63. Lebensjahr in Anspruch nehmen. Hinzu kommt, dass ein Teil der Personen, für die die gesetzliche Neuregelung in Frage kommt, aus persönlichen oder beruflichen Gründen diese nicht in Anspruch nehmen dürfte. Zudem dürfte eine Reihe von Unternehmen bestrebt sein, qualifizierte ältere Arbeitnehmer über das Alter von 63 Jahren hinaus zu halten.

Bei den Berechnungen wird davon ausgegangen, dass etwa die Hälfte der durch die gesetzliche Neuregelung potenziell begünstigten Personen die Rente mit 63 Jahren tatsächlich in Anspruch nimmt. Da die gesetzliche Neuregelung zum 1. Juli 2014 in Kraft treten soll, dürften im Durchschnitt des Jahres 2014 somit etwa 150 000 Personen diese gesetzliche Neuregelung in Anspruch nehmen. Im Jahr 2015 könnten es 125 000 und in den Jahren 2016 bzw. 2018 jeweils etwa 100 000 Personen sein. Die Bundesregierung scheint für die Jahre ab 2015 die Entwicklung der Inanspruchnahme der vorgezogenen Rente ab dem 63. Lebensjahr ähnlich einzuschätzen.^f

Den Berechnungen liegt des Weiteren die Annahme zugrunde, dass die Arbeitsplätze der mit 63 Jahren ausscheidenden Personen wiederbesetzt werden können. Es wird unterstellt, dass bis zum Jahr 2016 etwa die Hälfte der frei werdenden Stellen durch arbeitslose Personen ersetzt werden, und danach dürften es etwa nur ein Viertel sein. Darüber hinaus werden keine Annahmen gemacht, ob diese Stellen durch Personen aus dem Ausbildungssystem, aus der Stillen Reserve oder durch Zuwanderungen besetzt werden.

Auf der Grundlage der dargestellten Annahmen werden mit dem makroökonomischen Modell des IWH drei Szenarien berechnet (vgl. Tabelle 11). Diese unterscheiden sich hinsichtlich der Zahl der Personen, die die abschlagsfreie Rente ab dem vollendeten 63. Lebensjahr tatsächlich in Anspruch nehmen. In Szenario A wird unterstellt, dass alle potenziell in Frage kommenden Personen in die vorgezogene Rente gehen. Mit diesem Szenario soll eine Obergrenze der gesamtwirtschaftlichen Effekte abgeschätzt werden. Das Szenario B beschreibt das nach Ansicht von IWH und Kiel Economics wahrscheinlichste Szenario, bei dem etwa die Hälfte der potenziell mit 63 Jahren in Rente gehenden Personen tatsächlich von der geplanten Rentenregelung Gebrauch macht. In Szenario C wird davon ausgegangen, dass nur etwa ein Viertel der Anspruchsberechtigten in Rente geht. Damit soll eine Untergrenze der Effekte aufgezeigt werden. Die in den drei Szenarien unterstellte Entwicklung der Zahl

der Personen ist in der nachfolgenden Tabelle angegeben. Als Basisszenario dient die Projektion der mittelfristigen Entwicklung mit dem IWH-Modell ohne Einführung der abschlagsfreien Altersrente ab 63 Jahre.

Tabelle 11:
Ergebnisse der Berechnungen der Szenarien A, B und C

		2014	2015	2016	2017	2018	
A	Personen ^a	1 000 Personen	300	250	200	200	
	Mehrausgaben ^b	Mrd. Euro	1,04	2,55	2,41	2,20	2,44
	Finanzierungssaldo ^c	Mrd. Euro	-1,04	-2,55	-2,39	-2,18	-2,41
	Arbeitslose	1 000 Personen	-37	-67	-52	-44	-43
	Erwerbstätige	1 000 Personen	-0,1	-0,4	-0,9	-1,2	-1,6
B	Personen ^a	1 000 Personen	150	125	100	100	100
	Mehrausgaben ^b	Mrd. Euro	0,52	1,28	1,21	1,10	1,22
	Finanzierungssaldo ^c	Mrd. Euro	-0,52	-1,27	-1,19	-1,08	-1,20
	Arbeitslose	1 000 Personen	-19	-34	-26	-22	-21
	Erwerbstätige	1 000 Personen	-0,1	-0,3	-0,6	-0,9	-1,2
C	Personen ^a	1 000 Personen	75	60	50	50	50
	Mehrausgaben ^b	Mrd. Euro	0,26	0,63	0,60	0,57	0,62
	Finanzierungssaldo ^c	Mrd. Euro	-0,26	-0,62	-0,59	-0,54	-0,60
	Arbeitslose	1 000 Personen	-9	-17	-13	-11	-11
	Erwerbstätige	1 000 Personen	-0,1	-0,3	-0,5	-0,8	-1,0

^a Zahl der Personen, die die abschlagsfreie Altersrente ab dem 63. Lebensjahr in Anspruch nehmen. – ^b Zunahmen der monetären Sozialleistungen des Staates. – ^c Finanzierungssaldo des Staates.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Die Erhöhung der monetären Sozialleistungen führt in fast gleicher Höhe zu einer Verringerung des Finanzierungssaldos des Staates. Im Szenario B würde der Finanzierungssaldo ab dem Jahr 2015 um mehr als ein Milliarde Euro niedriger sein als im Basisszenario. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in keinem der drei Szenarien von der Erhöhung der monetären Sozialleistungen spürbar beeinflusst. Die Zahl der Arbeitslosen geht in allen drei Szenarien zurück. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote würde im Szenario B um weniger als ein Zehntel Prozentpunkt niedriger ausfallen als im Basisszenario. Die Erwerbsbeteiligungsquote würde im Szenario B geringfügig sinken. Damit würde der seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachtende Trend zu einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung nicht fortgesetzt werden.

^a Vgl. Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Bearbeitungsstand: 21.01.2014). – ^b Dabei handelt es sich um Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters. – ^c Eigene Berechnungen auf der Grundlage von *Statistik der Deutschen Rentenversicherung: Rentenversicherung in Zahlen 2013*, 40 ff. Auch die vom IWH durchgeführten überschlägigen Berechnungen mit dem Sozio-oekonomischen Panel haben ergeben, dass etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Personen der entsprechenden Altersgruppe mindestens 45 Jahre Pflichtbeiträge geleistet haben dürften. – ^d Dabei wurde berücksichtigt, dass unmittelbar nach Einführung der gesetzlichen Neuregelung nicht nur der Jahrgang der 63-Jährigen, sondern auch Personen bis zum regulären Renteneintrittsalter die vorgezogene Rente in Anspruch nehmen können. Hinzu kommt, dass die Zahl der potenziell in Frage kommenden Personen durch vorruhestandsähnliche Regelungen beeinflusst wird. – ^e Die Bundesregierung geht davon aus, dass zunächst etwa 200 000 Personen zu dem Personenkreis gehören könnten, der von der geplanten gesetzlichen Neuregelung profitieren könnte. Für die Folgejahre wird die Zahl der Begünstigten auf etwa ein Viertel der Zugänge in Altersrente geschätzt. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Kurth, Beate Müller-Gemmeke, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *Drucksache 18/629 vom 20.02.2014*. – ^f Setzt man die von der Bundesregierung angesetzten Mehrausgaben für die Einführung der vorgezogenen Rente ins Verhältnis mit dem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag für einen besonders langjährig Versicherten im Jahr 2013 (Männer 1 411 Euro pro Monat; Frauen 1 085 Euro pro Monat), erhält man die Zahl der Personen, die diese Neuregelung in Anspruch nehmen dürften. Diese Zahlen stimmen in etwa mit der hier vom IWH unterstellten Zahl von Personen überein.

dem Jahr 2014 dürfte die Beschäftigung nochmals um 300 000 bzw. 0,7% zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte um 22 000 Personen zurückgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte dann bei 6,4% liegen.

Die Tariflöhne stiegen im Jahr 2013 um 2,3%, wobei zu Jahresbeginn der Tariflohnanstieg wesentlich höher als im späteren Verlauf des Jahres lag.

Dafür dürfte jedoch weniger die Höhe der Abschlüsse als vielmehr die relativ geringe Anzahl von neu abgeschlossenen Tarifverträgen verantwortlich sein. Dazu trug nicht zuletzt die Unsicherheit über die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes bei. Aktuell wird von der Bundesregierung der Gesetzentwurf zur Einführung eines Mindestlohngesetzes mit den Tarifpartnern und der Wissen-

schaft diskutiert. Dabei werden beispielsweise Ausnahmeregelungen von den Mindestlohnvorschriften hinsichtlich ihrer anzunehmenden Wirkungen abgewogen und Auswirkungen auf die einzelnen Branchen geprüft. Solange dieser Prozess nicht abgeschlossen ist, dürften sich die Tarifpartner in den vom Mindestlohn betroffenen Branchen mit Neuabschlüssen wohl noch zurückhalten. Auch muss berücksichtigt werden, dass bei den Tarifverhandlungen wohl nicht nur der Mindestlohn an sich berücksichtigt werden wird, sondern auch die Lohnspreizung neu verhandelt wird.¹⁸ Dies könnte dann zu höheren Tariflohnsteigerungen in den vom Mindestlohn nicht betroffenen Lohngruppen führen. Da jedoch ein Teil der noch geltenden Tarifverträge recht lange Laufzeiten mit bis zu zwei Jahren hat, ist die Entwicklung der Tariflöhne bereits teilweise vorgezeichnet. Bei weiterhin guter Arbeitsmarktlage und positiver konjunktureller Entwicklung dürften die Tariflöhne im Jahr 2014 um 2,8% steigen und im folgenden Jahr um 2,9%.

Die Löhne der Beschäftigten stiegen im Frühjahr 2013 deutlich, die Lohndynamik nahm jedoch im weiteren Verlauf des Jahres 2013 wieder ab. Zwar legten die Löhne je Arbeitnehmer auch noch im vierten Quartal 2013 leicht zu, aber der Rückgang der geleisteten Stunden signalisiert eine auch zu Beginn des Jahres 2014 wohl noch zurückhaltende Lohnentwicklung. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Löhne wieder kräftiger steigen, da dann die gesetzliche Mindestlohnregelung greifen dürfte und auch bei Arbeitnehmern mit Löhnen über dem Mindestlohnniveau höhere Lohnanpassungen zu erwarten sein dürften. Nachdem die Effektivlöhne je Arbeitnehmer im Jahr 2013 um 2,2% gestiegen sind, werden sie im Jahr 2014 wohl um 2,8% und im Jahr darauf mit 3,0% nochmals wesentlich kräftiger zulegen. Die Effektivlöhne je Stunde werden aufgrund der weiterhin günstigen konjunkturellen Entwicklung und des damit üblicherweise verbundenen Aufbaus von Guthaben auf den Arbeitszeitkonten nur um 2,6% im Jahr 2014 steigen. Im Jahr danach schwächt sich dies ab, und die Stundenlöhne steigen genauso schnell wie die Löhne je Arbeitnehmer.

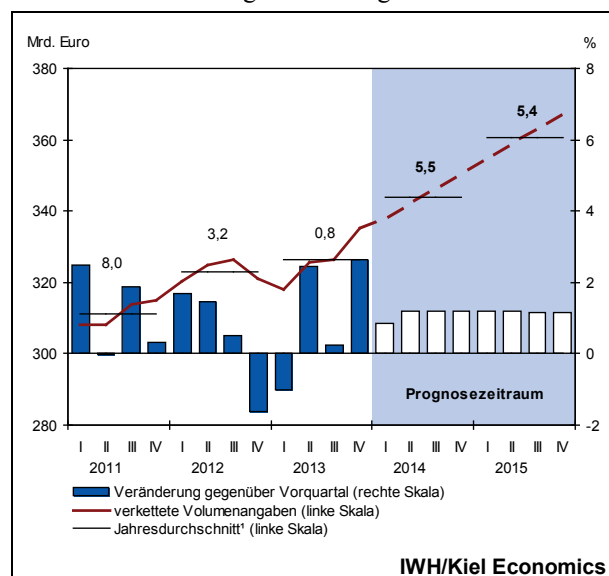
¹⁸ Vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland*, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014, 23 (Kasten 2). Würden nur die Lohngruppen angepasst, die unter dem anvisierten gesetzlichen Mindestlohn liegen, würde sich dies kaum auf die Entwicklung des Tariflohnindex auswirken, da dieser sich an den mittleren Lohngruppen (Ecklöhnen) orientiert.

Die Lohnstückkosten werden im Jahr 2014 um 1,3% und ein Jahr später um 1,7% zunehmen.

Erholung im Euroraum stimuliert die Exporte

2013 verlief die Außenhandelsentwicklung deutlich schwächer als ein Jahr zuvor; sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren expandierten mit vergleichsweise niedrigen Raten von 0,8% bzw. 0,9% (vgl. Abbildung 12). Bei den Exporten zeichnete sich allerdings gegen Jahresende eine merkliche Belebung ab, die von den Warenausfuhren getragen wurde. Sie legten im letzten Quartal um 3,2% gegenüber dem Vorquartal zu, dies war der stärkste Anstieg seit dem zweiten Quartal 2010. Insbesondere belebten sich die Warenausfuhren (Spezialhandel) in einige europäische Länder, darunter nach Portugal, Spanien, Belgien, Irland oder Großbritannien, aber auch in außereuropäische Regionen, etwa in einige asiatische Länder oder in die Vereinigten Staaten.

Abbildung 12:
Reale Exporte
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe und insbesondere für Investitionsgüter deuten für die nächsten Monate auf eine fortgesetzte Ausweitung der Exporte hin. Der Anstieg des Index der entsprechenden Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe war Ende 2013 im Euroraum hoch, Anfang 2014 dann auch außerhalb der Eurozone. Mit der konjunkturellen Belebung

im Euroraum und dem weiteren Anziehen der Weltkonjunktur dürfte sich der Exportzuwachs in diesem Jahr auf 5,5% beschleunigen. Für 2015 ist mit einem ähnlich hohen Zuwachs zu rechnen. Weil Deutschland besonders von der Erholung im übrigen Euroraum profitiert, werden sich die Ausfuhren im Prognosezeitraum etwas kräftiger als der Welthandel entwickeln.

Die Einfuhren entwickelten sich mit 0,9% im vergangenen Jahr ähnlich schwach wie die Ausfuhren, anders als diese zogen sie auch im Schlussquartal 2013 nicht an. Die Dienstleistungsimporte waren in der zweiten Jahreshälfte sogar leicht rückläufig. Mit einer merklich zunehmenden Binnenachfrage – steigendem privaten Konsum und einer kräftigeren Investitionstätigkeit der Unternehmen – sowie mit den zu erwartenden stärker steigenden Exporten werden auch die Importe im laufenden Jahr kräftiger als im Vorjahr zulegen. Ihre Entwicklung wird über den Prognosezeitraum mit 5,9% in diesem Jahr und 6,6% im nächsten Jahr die der Ausfuhren noch leicht übertreffen (vgl. Tabelle 12). In der Folge wird der Außenhandel im Jahresverlauf leicht negativ zur gesamtwirtschaftlichen Produktionsveränderung beitragen.

Tabelle 12:
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2013	2014	2015
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte, real	0,8	5,5	5,4
Importe, real	0,9	5,9	6,6
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Exporte, nom.	50,6	51,5	52,6
Importe, nom.	44,3	44,9	46,1
	<i>Außenbeitrag</i>		
Mrd. Euro, nom.	173,7	187,9	191,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Einen belastenden Faktor für die deutschen Ausfuhren bildete im vergangenen Jahr der Wechselkurs. Die fortgesetzte Aufwertung des Euro und die damit verbundene Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dürften die Exporte in Länder außerhalb der Währungsunion etwas gebremst haben. Die Terms of Trade haben sich im vergangenen Jahr bei stärker sinkenden Einfuhr- als Ausführpreisen deutlich verbessert. Hier wirkte sich die schwache bzw. rückläufige Rohstoffpreisentwicklung aus. Aber auch bei den Ausfuhren konnten aufgrund der teilweise

schwachen Absatzlage in verschiedenen Branchen keine höheren Preise durchgesetzt werden. Im Prognosezeitraum werden die Außenhandelspreise mit einer Belebung des Welthandels und der anziehenden Auslandsnachfrage einen leichten Auftrieb erhalten. Die Terms of Trade werden sich in der Folge nur noch leicht verbessern.

Erholung der Unternehmensinvestitionen setzt sich fort

Die Unternehmen haben im Durchschnitt des Jahres 2013 erneut weniger in Ausrüstungen und Bauten investiert als im Jahr zuvor. Der Rückgang fiel allerdings geringer aus als im Jahr 2012. Bereits im Verlauf des Jahres 2013 hatte sich im Zuge der sich bessernden weltwirtschaftlichen und auch europäischen Perspektiven die während der Krise drastisch zugenommene Verunsicherung der Unternehmen deutlich zurückgebildet. Bei aufwärtsgerichteter Produktion stieg zudem die Kapazitätsauslastung, die in der Industrie nur noch knapp unter dem langfristigen Durchschnitt liegt. Vor diesem Hintergrund und wegen günstiger interner und externer Finanzierungsbedingungen investieren die Unternehmen seit dem Sommerhalbjahr 2013 allmählich wieder mehr in Maschinen, Geräte und auch in Bauten. Im Schlussquartal legten die Ausrüstungsinvestitionen mit 1,4% sogar deutlich zu. Gleichzeitig haben der Wohnungsbau und der öffentliche Bau aufgrund eines zuletzt recht milden Wetters kräftig zugelegt.

Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionskonjunktur tendenziell weiter an Boden gewinnen, auch wenn die Erholung der Unternehmensinvestitionen zu Beginn des Jahres zwischenzeitlich etwas an Schwung verlieren dürfte. Denn der Anstieg der Ausrüstungen resultierte zuletzt vor allem aus einem aufgestauten Ersatzbedarf, der sich in dieser Stärke zunächst nicht fortsetzen dürfte. So weisen die Auftragseingänge bei den inländischen Investitionsgüterherstellern für den Jahresbeginn 2014 auf eine zunächst verhaltene Aufwärtsbewegung hin.¹⁹ Die Kapazitätsauslastung ist zwar zuletzt erneut gestiegen, sie überschreitet aber bisher nur im Vorleistungsgütergewerbe den langfristigen Durchschnitt. Üblicherweise läuft die Nachfrage nach Vorleistungen der Konjunktur der übrigen Güternachfrage

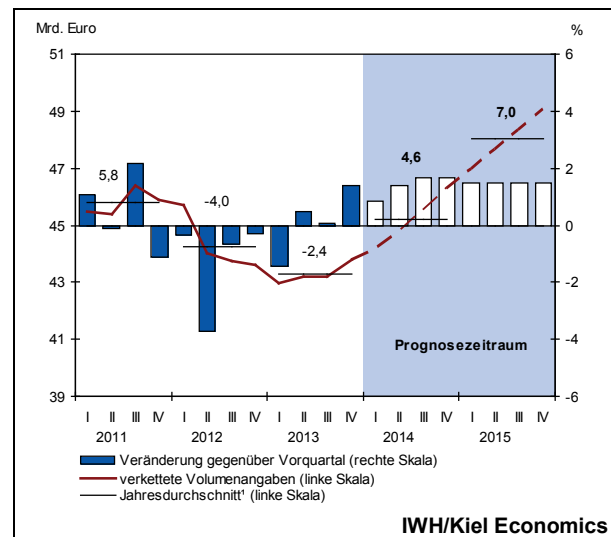
¹⁹ Einen gewissen Einfluss könnte auch die Konstellation der Feiertage im Dezember 2013 gehabt haben, die wohl in größerem Umfang Brückentage nach sich zog als normalerweise im Dezember. Aufträge wurden deshalb wohl nicht im Dezember, sondern erst zum Jahresanfang ausgelöst.

voraus. Das äußerte sich auch darin, dass zum Jahresende 2013 die Nachfrage teilweise aus dem Lager bedient wurde. Für den Prognosezeitraum erwarten die Unternehmen steigende Absätze sowohl im In- als auch im Ausland. Angesichts der bereits sichtbar besseren Exportaussichten in Europa und in der Welt und der entleerten Läger werden insbesondere die Investitionen der Exportindustrie und hier vor allem der Investitionsgüterhersteller selbst wieder anziehen.²⁰ Die Kapazitätsauslastung unterschreitet im Investitionsgütergewerbe das langfristige Mittel derzeitig nur um ein Zehntel. Außerdem werden mit der wieder florierenden Konsumnachfrage zunehmend auch Investitionsimpulse aus den konsumnahen Branchen kommen; hier liegt die Kapazitätsauslastung nur noch zwei Zehntel unter dem langfristigen Durchschnitt. Stützend wirken die externen Finanzierungsbedingungen; sowohl der Bank Lending Survey und als auch der ifo Indikator zur Kreditvergabe verweisen auf außerordentlich günstige Kreditbedingungen. Gewisse Risiken gehen allerdings von den neuesten wirtschaftspolitischen Überlegungen hinsichtlich der Energiewende und von dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aus. Die Unternehmen könnten zunächst abwarten, inwieweit höhere Energie- bzw. Arbeitskosten an die Kunden weitergegeben werden können oder ob ihre interne Finanzierungskraft in Mitleidenschaft gezogen wird. Auch könnten sich Absatzrisiken aus dem russisch-ukrainischen Konflikt ergeben. Bei entsprechender Zuspitzung könnten von beiden Risiken dämpfende Effekte auf die Investitionsdynamik ausgehen.

Es wird prognostiziert, dass die Ausrüstungen ab dem Frühjahr vor allem aufgrund der allgemein aufgehellten Geschäftsperspektiven steigen und im Jahr 2014 einen Zuwachs von 4,6% und im Jahr darauf von kräftigen 7% erreichen (vgl. Abbildung 13 und Tabelle 13). Mit steigender Kapazitätsauslastung investieren die Unternehmen auch wieder stärker in gewerbliche Bauten. Darauf deuten die aktuell gestiegenen Auftragseingänge und Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau hin. Im Jahr 2014 werden die Wirtschaftsbauinvestitionen wohl um ca. 2,0% und im Jahr darauf um 2,5% zunehmen.

²⁰ Laut DIHK-Umfrage signalisieren vor allem die Investitionsgüterhersteller wie der Maschinen- und Kraftfahrzeugbau wieder eine erhöhte Investitionsbereitschaft für die Zukunft. Vgl. DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2014, 36.

Abbildung 13:
Reale Investitionen in Ausrüstungen
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Tabelle 13:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2013	2014	2015
Anlageinvestitionen insgesamt	-0,7	4,6	4,2
Ausrüstungen	-2,4	4,6	7,0
sonstige Anlagen	3,0	4,8	4,3
Bauinvestitionen insgesamt	0,1	4,6	2,4
Wohnbauten	0,8	4,7	2,5
Nichtwohnbauten insgesamt	-0,8	4,5	2,4
gewerbliche Bauten	-1,8	2,0	2,5
öffentliche Bauten	1,7	11,0	2,0
<i>nachrichtlich:</i>			
Unternehmensinvestitionen	-1,7	3,9	5,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Der Wohnungsbau hat seit dem Frühjahr 2013 kräftig zugelegt. Die wegen den witterungsbedingten Behinderungen stark gestiegenen Auftragsbestände zu Jahresbeginn wurden aber nur zum Teil abgebaut. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Wohnungsbauinvestitionen deshalb nur um 0,8% zu. Die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen sind in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet und der Auftragsbestand ist immer noch vergleichsweise hoch. Dies spricht im Wohnungsbau für einen regen Start ins Jahr 2014, worauf auch die Bauproduktion im Januar hindeutet. Für den weiteren Verlauf im Jahr 2014 ist angesichts hoher Arbeitsplatzsicherheit, zu erwartender Einkommenssteigerungen, erhöhter Zuwanderung und günstiger Zinsen wohl eine Fort-

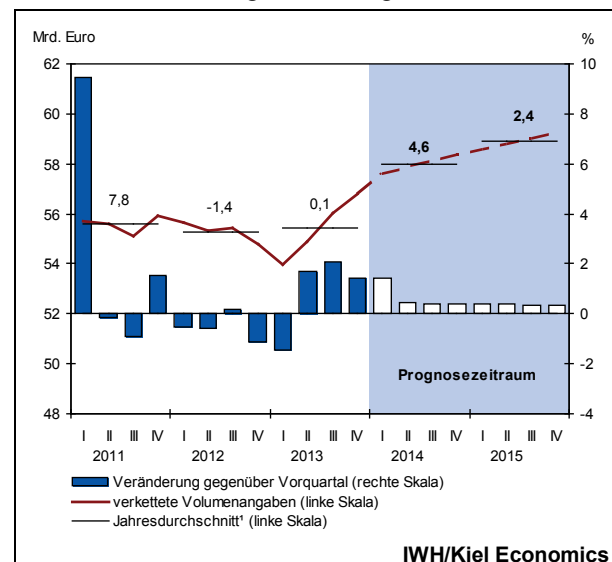
setzung dieser Entwicklung zu erwarten. Die real verfügbaren Einkommen steigen in den beiden Prognosejahren stärker als im Jahr 2013. Die Finanzierungsbedingungen bleiben weiter gut. Die Hypothekenzinsen, die nach einem Anstieg im Sommer 2013 zuletzt sogar leicht nachgegeben hatten, werden im Prognosezeitraum wohl nur mäßig zunehmen. Die Bedingungen für Wohnungsbaukredite werden laut Bank Lending Survey nur leicht verschärft. Im späteren Verlauf des Jahres 2014 und im Jahr 2015 dürften allerdings mit dem weiteren Abflauen der Vertrauenskrise und einer sichtbaren Erholung im Euroraum deutsche Immobilien für institutionelle Investoren schrittweise in den Hintergrund rücken und wohl von attraktiveren Anlageformen abgelöst werden. Dies und ein systematischer Abbau der Auftragsbestände sprechen dann für eine Normalisierung der Dynamik. Unverändert aufwärtsgerichtet bleiben die Investitionen in die Modernisierung und insbesondere in die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes durch private Haushalte und Unternehmen. Leichte Impulse dürften im späteren Verlauf auch vom sozialen Wohnungsbau und von der Städtebauförderung ausgehen, die laut Koalitionsvereinbarung belebt werden sollen. Im diesem Jahr werden die Wohnungsbauminvestitionen wohl um etwa 4,7% und im Jahr 2015 um 2,5% zunehmen.

Der öffentliche Bau, der nach dem Wintereinbruch Anfang 2013 eine außerordentlich kräftige Aufholjagd vollzogen hatte, legte im zurückliegenden Jahr um insgesamt 1,7% zu. Auch im Prognosezeitraum dürften die staatlichen Baumaßnahmen rege bleiben. Die Auftragseingänge sind erneut gestiegen, außerdem sind die Auftragsbestände im Straßenbau und im öffentlichen Tiefbau auf einem sehr hohen Niveau. Dabei dürfte die Beseitigung von Hochwasserschäden immer noch eine Rolle spielen. Auch im späteren Verlauf wird die öffentliche Bautätigkeit weiter zulegen. Von der Finanzierungsseite wird dies vor allem durch die hohen Steuereinnahmen der öffentlichen Hand und einer ganzen Reihe von Kommunen gestützt. In nur beschränktem Maß dürften hier Investitionsmittel zum Tragen kommen, wie sie laut Koalitionsvertrag für die Verkehrswege geplant sind. Diese werden aufgrund der längeren Planungsphasen insbesondere in der mittleren Frist wirksam. Im Jahr 2014 steigen die öffentlichen Bauinvestitionen vor allem aufgrund des hohen Niveaus am Ende des Vorjahres um 11%, im Jahr darauf legen sie um 2,0% zu.

Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2014 mit reichlich 4,6% deutlich zu, im Jahr

2015 steigen sie um etwa 2,4% (vgl. Abbildung 14). Die Anlageinvestitionen insgesamt legen in diesem Jahr um 4,6% und danach um 4,2% zu.

Abbildung 14:
Reale Bauinvestitionen
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Privater Konsum trägt weiterhin die Konjunktur

Der Konsum der privaten Haushalte stieg im Jahr 2013 um 0,9%. Insbesondere in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2013 nahm der private Verbrauch kräftig zu, im dritten Quartal verlor er jedoch bereits wieder an Dynamik, und im vierten Quartal ging er sogar leicht zurück. Dies spiegelt sich auch in den Einzelhandelsumsätzen wider. So wurden bereits im dritten Quartal sinkende Umsätze gemeldet, die am Ende des Jahres 2013 nochmals stärker sanken. Zugleich stiegen allerdings die Pkw-Umsätze. Dieser Trend scheint sich auch zu Beginn des Jahres 2014 fortzusetzen, wie die Kfz-Neuzulassungen im Januar 2014 signalisieren. Ebenso wird zu Jahresbeginn im Einzelhandel von kräftig steigenden Umsätzen berichtet. Dies deutet darauf hin, dass die privaten Haushalte im ersten Quartal 2014 insgesamt wohl wieder kräftiger konsumieren.

Das dürfte auch mit der nach wie vor recht robusten Entwicklung des Arbeitsmarktes zusammenhängen. Zwar ging die Lohndynamik zuletzt recht stark zurück, und die Effektivverdienste je Arbeitnehmer nahmen dadurch im Jahr 2013 nur um 2,2% zu. Aufgrund der immer noch steigenden Be-

schäftigung konnten die Bruttolöhne und -gehälter jedoch um insgesamt 3,0% zulegen. Auch im Prognosezeitraum wird sich die Arbeitsmarktlage wohl weiter verbessern und die Effektivlöhne werden weiter steigen. Damit dürfte die Lohnsumme im Jahr 2014 um 3,6% und im Jahr danach um 3,8% steigen. Lohneffekte aufgrund der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns sind erst ab dem Jahr 2015 verstärkt zu erwarten.

Die monetären Sozialleistungen nahmen im Jahr 2013 mit 2,2% etwas stärker zu als im Vorjahr, da die Arbeitslosigkeit etwas gestiegen ist. Zudem wurde zum 1. August 2013 das Betreuungsgeld eingeführt und zu Beginn des Jahres 2014 der Hartz-IV-Regelsatz um 2,3% erhöht. Auch ist infolge des Koalitionsvertrages mit zusätzlichen Rentenleistungen zu rechnen, sodass die Sozialtransfers im Jahr 2014 nochmals um 2,7% und im Jahr 2015 um 3,5% steigen werden. Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen haben nach der kurzen konjunkturellen Schwächephase im Winter 2012/2013 wieder aufgeholt und werden wohl bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter kräftig zulegen (vgl. Sektorenrechnung auf Seite 98).

Die verfügbaren Einkommen stiegen im Jahr 2013 etwas geringer als der private Verbrauch und die Sparquote sank geringfügig. Die geringere Sparneigung dürfte auf die sehr niedrigen Zinsen, die robuste Arbeitsmarktlage und die damit verbundenen stabilen Einkommensaussichten zurückzuführen sein. Im Prognosezeitraum wird die Sparquote erst leicht zurückgehen und dann in etwa konstant bleiben (vgl. Tabelle 14).

Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2014 nominal um 3,1% zunehmen und im Jahr 2015 wird sich der Anstieg mit 3,8% weiter beschleunigen. Der Preisanstieg im Prognosezeitraum dürfte jeweils niedriger sein²¹, sodass reale Einkommenszuwächse zu erwarten sind.

Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2014 um 1,5% und im Jahr 2015 um 2,0% zunehmen (vgl. Abbildung 15). Damit tragen sie 0,9 Prozentpunkte im Jahr 2014 und danach

²¹ Dieser Preisanstieg wird mit dem Konsumdeflator gemessen. Dessen Zunahme ist üblicherweise etwas niedriger als der Anstieg der Verbraucherpreise. Seit einigen Quartalen ist jedoch der Anstieg des Konsumdeflators gleich oder größer als der der Verbraucherpreise. Dies ist insbesondere auf statistische Sondereffekte bei der indirekten Messung des Wertes von Finanzserviceleistungen (FISIM) zurückzuführen, bei der es aufgrund der Eurokrise zu Verzerrungen kommt.

1,1 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei.

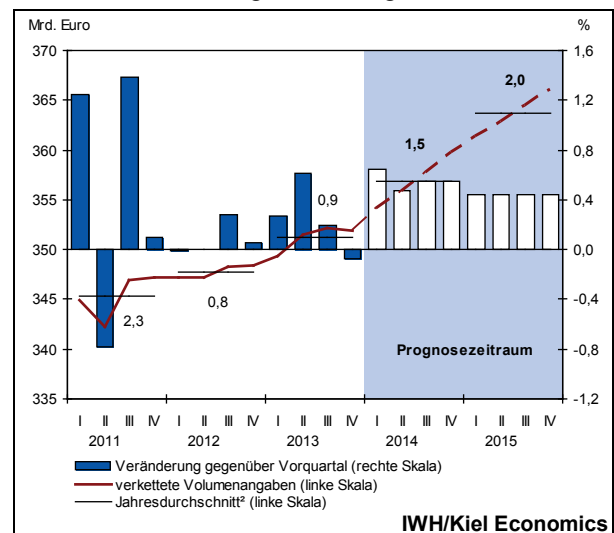
Tabelle 14:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2013	2014	2015
verfügbares Einkommen, nominal	2,2	3,1	3,8
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	2,8	3,3	3,0
monetäre Sozialleistungen	2,2	2,7	3,5
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,9	2,9	4,8
Sparen	-1,3	1,9	3,6
private Konsumausgaben, nominal	2,5	3,1	3,8
<i>nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,0	3,6	3,8
Sparquote (in %)	10,0	9,9	9,9
Preisindex des privaten Konsums	1,6	1,6	1,8
private Konsumausgaben, real	0,9	1,5	2,0

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Prognose.

Abbildung 15:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

Preisentwicklung weiterhin moderat

Die Verbraucherpreisinflation lag im Jahr 2013 bei 1,5%. Insbesondere die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke zogen im Frühjahr 2013

stark an. Die Energiepreise hingegen, die zuvor die Inflation trieben, stiegen in etwa wie der Gesamtindex.

Im Februar 2014 lag die Inflationsrate bei 1,2%. Dabei stiegen in den vergangenen Monaten nach wie vor die Preise für Nahrungsmittel, aber auch für alkoholische Getränke und Tabakwaren, Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen schneller als die übrigen Preise im Warenkorb. Mittlerweile spiegeln sich auch die kräftigen Mietpreissteigerungen in einigen Ballungsräumen im Index für die Wohnungsmiete wider. Hier zogen die Preise leicht an, und zwar zuletzt um 1,5%.

Die Strompreise, die infolge der Umlage durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) im Jahr 2013 noch um 12% gestiegen waren, waren im Januar 2014 nur noch um 2,5% höher als ein Jahr zuvor. Inflationssenkende Impulse kamen auch aus den Bereichen Bildungswesen, Nachrichtenübermittlung und Verkehr.

Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet, nahm der Verbraucherpreisindex im Januar um 1,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat zu und lag damit über dem Gesamtindex.

In den nächsten Quartalen dürfte die Teuerung sehr langsam wieder anziehen. Erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums werden wohl etwas stärkere Preissteigerungen zu sehen sein. Dann werden sowohl die preissenkenden Impulse aufgrund der Aufwertung des Euro ausgelaufen sein als auch die Lohnstückkosten wieder anziehen. Zudem ist dann mit ersten Preisanhebungen infolge gesteigerter Lohnkosten durch Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes zu rechnen.

Jeweils zum Anfang jedes Jahres ist eine Anpassung der EEG-Umlage zu erwarten, die die Strompreise für die Verbraucher im Jahr 2014 wohl aber weniger deutlich als im Vorjahr ansteigen lassen wird. Auch stehen jährlich Erhöhungen der Tabaksteuer an.

Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im Jahr 2014 um 1,3% ansteigen und im Jahr 2015 um 1,7%.

Gesamtwirtschaftliche Produktion expandiert deutlich

Das Bruttoinlandsprodukt hat im vierten Quartal 2013 um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zugenommen. Die Bruttowertschöpfung stieg sogar um 0,7%. Die Wertschöpfung nahm – mit Ausnahme der Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie

der Land- und Forstwirtschaft/Fischerei – in allen Wirtschaftsbereichen zu. Besonders kräftig stieg die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Eine wesentliche Ursache dafür war die deutliche Zunahme der Exporte. Auch im Baugewerbe expandierte – begünstigt durch die milde Witterung – die Wertschöpfung mit 2,5% besonders kräftig.

Im ersten Quartal 2014 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas stärker zunehmen als im Vorquartal.²² Die aktuellen Stimmungsindikatoren, die positive Entwicklung der Auftragseingänge sowie der aufwärts gerichtete Produktionsindex lassen einen spürbaren Anstieg der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erwarten. Auch die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte weiter zunehmen. Die Auftragseingänge im Baugewerbe lagen im vierten Quartal deutlich über dem Stand des Schlussquartals. Auch der Auftragsbestand ist weiter gestiegen und befindet sich insgesamt auf einem hohen Niveau. Zwar hat der ifo-Geschäftsklimaindex für den Dienstleistungsbereich zuletzt nachgegeben. Die Produktion bei den Dienstleistern ist jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet. Der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe wird von der robusten binnenwirtschaftlichen Entwicklung gestützt. Die Produktion bei den Unternehmensdienstleistern wird deutliche Impulse vom Produzierenden Gewerbe erhalten. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem von der expandierenden Bauproduktion sowie den steigenden Transaktionen auf den Immobilienmärkten profitieren. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des Jahres 2014 um 0,6% zunehmen (vgl. Tabelle 15). Im Jahresdurchschnitt dürfte die Produktion um 2,0% steigen.

Im Jahr 2015 wird sich das etwas höhere Expansionstempo der Weltwirtschaft günstig auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland auswirken. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird auch weiterhin von den kräftig zu-

²² Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonomischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling Ansätzen vgl. Drechsel, K.; Scheufele, R.: *Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment*, in: Swiss National Bank Working Paper, 16, 2012. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland*, in: Konjunktur aktuell, Jg. 2 (1), 2014, 31 (Kasten 3).

Tabelle 15:
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2013		Prognose 2014			
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
	<i>Ursprungswerte</i> <i>Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %</i>					
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,3	2,4	1,5	2,0	2,1
<i>darunter</i>						
Bruttowertschöpfung	1,1	1,5	2,6	1,7	2,3	2,2
<i>davon</i>						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,0	2,6	4,6	2,5	3,6	3,2
Verarbeitendes Gewerbe	1,1	3,0	5,2	3,0	4,7	3,6
Energie- und Wasserversorgung	1,3	0,6	1,0	0,6	-2,2	0,0
Baugewerbe	1,4	4,6	5,8	3,9	4,2	2,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,3	2,2	2,8	1,1	2,4	2,4
Information und Kommunikation	0,9	1,0	2,6	2,9	2,7	3,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-5,9	-8,5	-3,5	0,4	-0,7	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,0	1,0	1,4	1,5	1,6	2,1
Unternehmensdienstleister	4,2	4,1	3,6	2,1	2,0	2,4
öffentliche Dienstleister	0,1	0,5	1,3	0,7	1,2	1,0
sonstige Dienstleister	-1,0	-0,3	0,7	0,0	0,8	0,9
	<i>saison- und kalenderbereinigte Werte</i> <i>Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %</i>					
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,4	0,6	0,4	0,5	0,5
<i>darunter</i>						
Bruttowertschöpfung	0,4	0,7	0,6	0,4	0,5	0,5
<i>davon</i>						
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,6	1,1	1,2	0,6	0,5	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	1,7	1,5	0,7	0,6	0,5
Energie- und Wasserversorgung	3,4	-2,1	-0,5	0,2	0,2	0,3
Baugewerbe	1,4	2,5	1,0	0,3	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,4	0,9	0,4	0,6	0,4	1,0
Information und Kommunikation	1,1	0,6	0,6	0,7	0,7	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,2	-0,4	-0,2	0,0	-0,2	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5	0,1	0,4	0,5	0,6	0,7
Unternehmensdienstleister	0,9	0,4	0,4	0,5	0,7	0,7
öffentliche Dienstleister	0,0	0,6	0,2	0,1	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	-0,3	0,2	0,1	0,2	0,3	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2014: eigene Prognose.

nehmenden Exporten profitieren. Die Bauproduktion dürfte bei günstigen Finanzierungsbedingungen und den anhaltend guten Beschäftigungs- und Einkommensaussichten expandieren. In den Dienstleistungsbereichen dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion auch im Jahr 2015 um 2,0% steigen.

Öffentliche Finanzen: Verbesserung des Staatshaushalts dank guter Konjunktur

Im Jahr 2013 hat sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo leicht verschlechtert, und der gesamt-

staatliche Haushalt schloss nur mit einem sehr geringen Überschuss ab. Die Einnahmen des Staates legten langsamer zu als noch im Vorjahr, insbesondere aufgrund geringerer Zuwächse bei Steuern und Sozialbeiträgen. Während die Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern im Zeichen der rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Vorjahr standen, wurde der Zuwachs beim Lohnsteueraufkommen durch schwächer expandierende Bruttolöhne- und -gehälter gedämpft. Bei den Sozialbeiträgen wirkte zudem die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung einnahmemindernd. Die Ausgaben des Staates zogen dagegen deutlich an. Dies war vor allem auf

einen kräftigen Anstieg der sozialen Sachleistungen infolge der Abschaffung der Praxisgebühr, stärker expandierende monetäre Sozialleistungen, insbesondere aufgrund einer steigenden Zahl der Arbeitslosen, und wieder anziehende öffentliche Investitionen zurückzuführen. Auch die Abführungen an die EU stiegen kräftig.

Im Prognosezeitraum wird sich der Anstieg der öffentlichen Einnahmen konjunkturbedingt beschleunigen. So werden die Steuereinnahmen im Jahr 2014 bei wieder stärker anziehender Brutto Lohn- und -gehaltssumme kräftiger zunehmen als im Vorjahr, wenngleich im laufenden Jahr diskretionäre Maßnahmen, insbesondere die Erhöhung des Grundfreibetrags und das Alterseinkünftegesetz, sowie die in der jüngeren Vergangenheit schwache Entwicklung der Gewinneinkommen einnahmendämpfend wirken. Auch die Sozialbeiträge, deren Anstieg im vergangenen Jahr durch die deutliche Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung gebremst wurde, werden im Jahr 2014 wieder stärker zulegen. Im kommenden Jahr wirkt die geplante Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zusätzlich einnahmestärkend. Die Einnahmen aus Verkäufen dürften, nicht zuletzt infolge der Abschaffung der Studiengebühren in Bayern und Niedersachsen, vor allem im Jahr 2014 etwas schwächer expandieren als zuletzt. Alles in allem dürften die Einnahmen des Staates im Jahr 2014 um 3,3% und im Jahr 2015 um 4,1% zunehmen, nach 2,5% im Jahr 2013.

Auch der Anstieg der Staatsausgaben wird sich im Prognosezeitraum wieder etwas beschleunigen. Die Dynamik fällt jedoch schwächer aus als bei den Einnahmen des Staates. Der Anstieg der Ausgaben für soziale Sachleistungen, der im Vorjahr durch die Abschaffung der Praxisgebühr geprägt war, wird sich etwas abschwächen, aufgrund von Leistungsausweitungen in der Pflegeversicherung aber relativ hoch bleiben. Ebenso werden die Ausgaben für Vorleistungen wieder beschleunigt zulegen. Bei den Arbeitnehmerentgelten sind für die Beschäftigten von Bund und Kommunen im Jahr

2014 kräftige Erhöhungen zu erwarten. Auch bei den Tarifabschlüssen im Jahr 2015 ist, insbesondere für die Angestellten der Länder, von hohen Lohnzuwächsen auszugehen. Zudem werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2014 stärker ausgeweitet als im Vorjahr. Zwar steigen mit der wieder rückläufigen Zahl der Arbeitslosen die arbeitsmarktbezogenen Ausgaben im gesamten Prognosezeitraum langsamer als zuletzt. Jedoch fällt die Rentenanpassung infolge der zuletzt kräftiger gestiegenen Arbeitnehmerentgelte und der Beitragssatzsenkung im vergangenen Jahr deutlich höher aus als noch im Jahr 2013. Zudem erhöhen die von der Bundesregierung beschlossenen Leistungsausweitungen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Jahr 2015 schlagen diese dann erstmals ganzjährig zu Buche. Auch dürfte dann der Ausgleichsbedarf für in der Vergangenheit unterbliebene Rentenkürzungen auch in Westdeutschland abgebaut sein, sodass eine merkliche Rentensteigerung resultiert. Die öffentlichen Investitionen dürften, vor dem Hintergrund verbesserter Steuereinnahmen und Investitionen im Zusammenhang mit den Flutschäden aus dem Frühsommer 2013, im Jahr 2014 deutlich anziehen. Im Folgejahr fällt die Expansion, trotz geplanter zusätzlicher Infrastrukturinvestitionen des Bundes, schwächer aus. Infolge der weiteren Abschmelzung der Bad-Bank-Portfolios und anhaltend günstiger Refinanzierungskonditionen werden sich die Zinsausgaben des Staates im Prognosezeitraum weiterhin rückläufig entwickeln. Alles in allem legen die Ausgaben des Staates im Jahr 2014 um 2,8% und im Jahr 2015 um 3,5% zu, nach 2,7% im Jahr 2013.

Der öffentliche Finanzierungssaldo beläuft sich im laufenden Jahr auf 0,2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2015 erhöht sich der Finanzierungssaldo infolge konjunkturbedingt stärker anziehender Einnahmen auf 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In struktureller Betrachtung fällt die Verbesserung des Finanzierungssaldos jedoch geringer aus.

Hauptaggregate der Sektoren - in Mrd. Euro -

	2013				2014				2015						
	gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt	gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 454,0	1 617,1	252,3	584,5	-	2 551,5	1 686,4	260,0	605,0	-	2 658,0	1 762,0	267,7	628,2	-
2 = Abschreibungen	408,9	233,1	47,0	128,8	-	418,3	235,0	48,7	134,6	-	428,8	239,9	51,8	137,2	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	2 045,1	1 384,0	205,3	455,7	-173,7	2 133,1	1 451,4	211,3	470,4	-187,9	2 229,2	1 522,2	216,0	491,1	-191,5
4 = Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 414,2	995,1	208,4	210,7	11,2	1 464,5	1 031,7	214,4	218,4	11,2	1 521,6	1 073,9	220,4	227,3	10,7
5 = Geleistete sonstige Produktionsabgaben	18,8	9,2	0,1	9,5	-	19,1	9,3	0,1	9,7	-	19,2	9,4	0,1	9,7	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	24,8	23,2	0,2	1,5	-	24,8	23,2	0,2	1,5	-	27,8	26,1	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	636,9	402,9	-2,9	237,0	-184,9	674,3	433,5	-3,0	243,8	-199,1	716,2	465,0	-4,3	255,5	-202,2
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 416,1	-	-	1 416,1	9,3	1 466,6	-	-	1 466,6	9,1	1 523,6	-	-	1 523,6	8,7
9 = Geleistete Subventionen	25,7	-	25,7	-	5,4	25,6	-	25,6	-	5,6	25,6	-	25,6	-	5,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	302,5	-	302,5	-	6,1	308,4	-	308,4	-	8,3	316,8	-	316,8	-	8,4
11 = Geleistete Vermögenseinkommen	817,7	713,2	59,1	45,4	191,4	865,9	760,7	58,4	46,7	188,8	919,0	811,9	58,2	48,9	186,4
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	883,5	444,3	21,1	418,1	125,6	935,5	483,6	21,7	430,2	119,2	990,7	518,8	21,3	450,6	114,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 395,6	1 34,0	235,9	2 025,7	-240,6	2 493,3	156,3	243,0	2 093,9	-256,9	2 602,7	171,9	250,0	2 180,8	-262,5
14 = Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	326,3	71,1	3,0	255,2	7,9	343,2	73,2	-	270,0	8,7	364,0	77,7	-	286,3	9,5
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	333,9	-	333,9	-	0,3	351,5	-	351,5	-	0,3	373,2	-	373,2	-	0,3
16 = Geleistete Sozialbeiträge	549,0	-	-	549,0	3,1	566,3	-	-	566,3	3,1	589,5	-	-	589,5	3,1
17 + Empfangene Sozialbeiträge	550,0	90,3	459,1	0,6	2,1	567,3	93,1	473,6	0,6	2,1	590,5	96,2	493,7	0,6	2,1
18 = Geleistete monetäre Sozialleistungen	495,8	55,1	440,1	0,6	0,4	509,2	55,2	453,4	0,6	0,4	527,0	55,2	471,3	0,6	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	489,4	-	-	489,4	6,8	502,6	-	-	502,6	7,0	520,4	-	-	520,4	7,1
20 = Geleistete sonstige laufende Transfers	213,2	77,2	65,9	70,1	6,4	213,2	84,0	63,4	65,8	5,9	218,9	87,2	67,3	64,4	5,7
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	172,9	78,4	18,3	76,2	46,7	168,7	74,8	18,6	75,3	50,3	170,2	74,6	19,0	76,7	54,3
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 357,4	99,3	541,2	1 716,9	-202,4	2 451,6	111,9	570,0	1 769,6	-215,2	2 557,6	122,6	597,3	1 837,7	-217,4
23 = Konsumausgaben	2 105,4	-	533,0	1 572,4	-	2 174,0	-	552,4	1 621,6	-	2 256,9	-	573,4	1 683,5	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-29,7	-	29,7	-	-	-29,5	-	29,5	-	-	-29,7	-	29,7	-
25 = Sparen	252,0	69,6	8,2	174,2	-202,4	277,6	82,4	17,7	177,5	-215,2	300,7	92,8	23,9	184,0	-217,4
26 = Geleistete Vermögenstransfers	33,5	3,6	23,5	6,3	3,3	32,9	3,2	23,2	6,5	3,1	32,5	3,0	23,0	6,6	3,1
27 + Empfangene Vermögenstransfers	33,0	14,4	10,0	8,6	3,7	32,4	14,7	10,0	7,7	3,6	32,1	14,4	10,1	7,5	3,5
28 = Bruttoinvestitionen	458,5	247,2	42,8	168,5	-	480,7	254,8	47,5	178,4	-	512,1	274,5	49,5	188,1	-
29 + Abschreibungen	408,9	233,1	47,0	128,8	-	418,3	235,0	48,7	134,6	-	428,8	239,9	51,8	137,2	-
30 = Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-	0,5	-1,4	0,9	-	-	0,4	-1,4	0,9	-	-	0,4	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo	202,0	65,8	0,3	135,9	-202,0	214,8	73,6	7,1	134,0	-214,8	216,9	69,1	14,7	133,1	-216,9
<i>nachrichtlich:</i>															
32 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 357,4	99,3	541,2	1 716,9	-202,4	2 451,6	111,9	570,0	1 769,6	-215,2	2 557,6	122,6	597,3	1 837,7	-217,4
33 = Geleistete soziale Sachtransfers	342,6	-	342,6	-	-	355,3	-	355,3	-	-	369,8	-	369,8	-	-
34 + Empfangene soziale Sachtransfers	342,6	-	-	342,6	-	355,3	-	-	355,3	-	369,8	-	-	369,8	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 357,4	99,3	198,6	2 059,5	-202,4	2 451,6	111,9	214,7	2 124,9	-215,2	2 557,6	122,6	227,5	2 207,5	-217,4
36 = Konsum ²	2 105,4	-	190,4	1 915,0	-	2 174,0	-	197,1	1 976,9	-	2 256,9	-	203,6	2 053,3	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-29,7	-	29,7	-	-	-29,5	-	29,5	-	-	-29,7	-	29,7	-
38 = Sparen	252,0	69,6	8,2	174,2	-202,4	277,6	82,4	17,7	177,5	-215,2	300,7	92,8	23,9	184,0	-217,4

¹ Für den Sektor übrige Welt: Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt. - ² Für den Sektor Staat: Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachtransfers).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2013, 2014 und 2015: eigene Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Arbeitsvolumen	0,2	0,7	0,6	0,8	0,5	0,6	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	- 0,4	- 0,1	- 0,1	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Produktivität ¹	0,3	1,3	1,4	1,0	1,5	1,3	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,4	2,0	2,0	1,8	2,1	1,9	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	2 105,4	2 174,0	2 256,9	1 054,6	1 119,4	1 095,3	1 161,6
Private Haushalte ²	1 572,4	1 621,6	1 683,5	786,5	835,1	816,7	866,8
Staat	533,0	552,4	573,4	268,0	284,3	278,7	294,8
Anlageinvestitionen	472,2	499,6	530,2	234,6	265,0	248,3	281,8
Ausrüstungen	170,9	179,9	194,2	84,1	95,8	90,4	103,8
Bauten	271,3	288,4	303,3	135,5	152,8	142,3	161,0
Sonstige Anlageinvestitionen	30,0	31,3	32,6	15,0	16,3	15,6	17,0
Vorratsveränderung ³	- 13,7	- 18,9	- 18,1	- 1,8	- 17,1	- 0,6	- 17,5
Inländische Verwendung	2 563,9	2 654,7	2 769,0	1 287,3	1 367,3	1 343,1	1 425,9
Außenbeitrag	173,7	187,9	191,5	98,7	89,2	99,2	92,3
Exporte	1 385,5	1 463,7	1 556,8	718,5	745,2	761,1	795,6
Importe	1 211,8	1 275,8	1 365,3	619,8	655,9	661,9	703,3
Bruttoinlandsprodukt	2 737,6	2 842,6	2 960,5	1 386,0	1 456,6	1 442,3	1 518,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	3,3	3,8	3,1	3,4	3,9	3,8
Private Haushalte ²	2,5	3,1	3,8	2,9	3,4	3,8	3,8
Staat	3,6	3,6	3,8	3,7	3,6	4,0	3,7
Anlageinvestitionen	0,4	5,8	6,1	6,0	5,6	5,9	6,4
Ausrüstungen	- 2,4	5,3	7,9	3,7	6,7	7,5	8,3
Bauten	2,0	6,3	5,2	7,7	5,1	5,0	5,4
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	4,4	4,3	4,3	4,4	4,5	4,1
Inländische Verwendung	2,2	3,5	4,3	3,1	4,0	4,3	4,3
Exporte	0,3	5,6	6,4	5,1	6,2	5,9	6,8
Importe	- 0,9	5,3	7,0	3,9	6,6	6,8	7,2
Bruttoinlandsprodukt	2,7	3,8	4,1	3,8	3,9	4,1	4,2
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	6,3	6,6	6,5	7,1	6,1	6,9	6,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 876,5	1 904,5	1 940,2	930,7	973,8	948,8	991,4
Private Haushalte ²	1 404,5	1 426,2	1 454,3	694,3	731,9	708,4	745,9
Staat	472,2	478,4	486,1	236,4	242,0	240,5	245,6
Anlageinvestitionen	428,4	448,2	467,1	210,3	237,9	218,4	248,7
Ausrüstungen	172,3	180,2	192,9	83,5	96,7	89,0	103,8
Bauten	220,6	230,9	236,5	109,0	121,8	111,3	125,1
Sonstige Anlageinvestitionen	33,6	35,2	36,7	16,7	18,6	17,4	19,3
Inländische Verwendung	2 299,7	2 342,7	2 397,7	1 146,1	1 196,7	1 173,3	1 224,4
Exporte	1 299,6	1 371,4	1 445,5	674,2	697,2	707,9	737,6
Importe	1 116,6	1 182,1	1 259,9	573,8	608,3	610,7	649,2
Bruttoinlandsprodukt	2 482,3	2 530,9	2 582,0	1 245,8	1 285,2	1 269,6	1 312,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	1,5	1,9	1,3	1,6	1,9	1,8
Private Haushalte ²	0,9	1,5	2,0	1,3	1,8	2,0	1,9
Staat	0,7	1,3	1,6	1,4	1,3	1,7	1,5
Anlageinvestitionen	- 0,7	4,6	4,2	4,9	4,4	3,9	4,5
Ausrüstungen	- 2,4	4,6	7,0	3,0	6,0	6,6	7,4
Bauten	0,1	4,6	2,4	6,0	3,4	2,1	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	4,8	4,3	5,1	4,4	4,5	4,2
Inländische Verwendung	0,5	1,9	2,3	1,4	2,3	2,4	2,3
Exporte	0,8	5,5	5,4	5,4	5,6	5,0	5,8
Importe	0,9	5,9	6,6	5,1	6,6	6,4	6,7
Bruttoinlandsprodukt	0,4	2,0	2,0	1,8	2,1	1,9	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,6	1,8	1,5	1,6	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,3	2,2	2,3	2,3	2,2	2,1
Anlageinvestitionen	1,0	1,1	1,8	1,1	1,2	1,9	1,8
Ausrüstungen	0,1	0,7	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8
Bauten	1,9	1,6	2,7	1,6	1,6	2,8	2,6
Exporte	- 0,5	0,1	0,9	- 0,3	0,5	0,9	0,9
Importe	- 1,8	- 0,6	0,4	- 1,2	0,0	0,3	0,5
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,8	2,1	1,9	1,8	2,1	2,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 025,7	2 093,9	2 180,8	1 025,2	1 068,7	1 066,0	1 114,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	255,2	264,2	275,7	127,8	136,4	133,2	142,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 160,9	1 202,4	1 247,9	572,3	630,1	593,9	654,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,7	627,3	657,2	325,2	302,1	338,9	318,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	369,9	399,4	421,9	176,7	222,6	188,0	233,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 395,6	2 493,3	2 602,7	1 202,0	1 291,3	1 254,0	1 348,7
Abschreibungen	408,9	418,3	428,8	209,1	209,3	214,3	214,5
Bruttonationaleinkommen	2 804,6	2 911,6	3 031,5	1 411,0	1 500,6	1 468,3	1 563,2
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 118,8	2 210,5	2 311,5	1 062,7	1 147,8	1 110,8	1 200,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	702,7	743,9	787,9	362,7	381,2	383,7	404,2
Arbeitnehmerentgelt	1 416,1	1 466,6	1 523,6	700,0	766,5	727,1	796,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,5	3,4	4,2	3,3	3,4	4,0	4,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,7	3,5	4,4	3,4	3,7	4,2	4,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,6	3,8	3,4	3,8	3,8	3,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,2	2,8	3,0	2,5	2,9	3,0	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	2,9	4,8	3,2	2,5	4,2	5,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	5,2	8,0	5,6	8,3	7,7	6,4	5,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,9	4,1	4,4	4,0	4,1	4,3	4,4
Abschreibungen	1,7	2,3	2,5	2,3	2,3	2,5	2,5
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,8	4,1	3,8	3,9	4,1	4,2
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,1	4,3	4,6	4,3	4,3	4,5	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,9	5,9	5,9	6,3	5,5	5,8	6,0
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,6	3,9	3,4	3,8	3,9	3,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 170,2	1 206,2	1 244,8	578,1	628,1	598,2	646,6
Nettolöhne und -gehälter	772,8	798,0	822,2	376,0	422,0	387,2	435,0
Monetäre Sozialleistungen	489,4	502,6	520,4	248,9	253,7	259,7	260,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	92,0	94,4	97,8	46,8	47,6	48,8	49,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,7	627,3	657,2	325,2	302,1	338,9	318,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 62,9	- 63,9	- 64,3	- 31,9	- 32,0	- 32,2	- 32,0
Verfügbares Einkommen	1 716,9	1 769,6	1 837,7	871,4	898,3	904,9	932,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	29,7	29,5	29,7	14,5	15,0	14,6	15,1
Konsumausgaben	1 572,4	1 621,6	1 683,5	786,5	835,1	816,7	866,8
Sparen	174,2	177,5	184,0	99,3	78,2	102,8	81,1
Sparquote (%) ⁶	10,0	9,9	9,9	11,2	8,6	11,2	8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	3,1	3,2	2,5	3,6	3,5	3,0
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,3	3,0	3,0	3,5	3,0	3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,2	2,7	3,5	1,4	4,0	4,4	2,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	2,6	3,6	1,2	4,0	4,4	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	2,9	4,8	3,2	2,5	4,2	5,3
Verfügbares Einkommen	2,2	3,1	3,8	2,8	3,3	3,8	3,9
Konsumausgaben	2,5	3,1	3,8	2,9	3,4	3,8	3,8
Sparen	- 1,3	1,9	3,6	1,5	2,4	3,6	3,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) Mrd. Euro

Einnahmen							
Steuern	636,4	659,9	689,9	329,8	330,1	344,0	345,9
Sozialbeiträge	459,1	473,6	493,7	229,8	243,9	239,4	254,3
Vermögenseinkommen	21,1	21,7	21,3	12,9	8,9	12,5	8,8
Sonstige Transfers	18,3	18,6	19,0	8,8	9,9	8,9	10,0
Vermögenstransfers	10,0	10,0	10,1	4,8	5,3	4,8	5,3
Verkäufe	78,4	79,9	81,6	38,2	41,7	39,0	42,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	1 223,4	1 264,0	1 315,8	624,2	639,8	648,7	667,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	359,1	372,3	387,4	180,0	192,3	187,7	199,7
Arbeitnehmerentgelt	208,4	214,4	220,4	103,2	111,2	106,2	114,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	59,1	58,4	58,2	29,3	29,2	29,1	29,0
Subventionen	25,7	25,6	25,6	12,2	13,5	12,2	13,4
Monetäre Sozialleistungen	440,1	453,4	471,3	224,2	229,2	235,1	236,2
Sonstige laufende Transfers	65,9	63,4	67,3	33,1	30,3	34,4	32,9
Vermögenstransfers	23,5	23,2	23,0	9,9	13,3	9,7	13,2
Bruttoinvestitionen	42,8	47,5	49,5	19,7	27,8	20,6	28,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
insgesamt	1 223,1	1 256,9	1 301,1	610,9	646,0	634,1	667,0
Finanzierungssaldo	0,3	7,1	14,7	13,3	- 6,2	14,6	0,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,0	3,7	4,5	3,5	3,8	4,3	4,8
Sozialbeiträge	2,3	3,2	4,2	3,0	3,4	4,2	4,3
Vermögenseinkommen	- 7,5	3,0	- 1,9	6,6	- 1,8	- 2,6	- 0,9
Sonstige Transfers	5,2	1,6	1,8	1,4	1,8	1,9	1,8
Vermögenstransfers	- 5,0	0,6	1,0	0,9	0,3	1,0	0,9
Verkäufe	2,9	1,9	2,1	2,0	1,9	2,2	2,1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2,5	3,3	4,1	3,3	3,4	3,9	4,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,4	3,7	4,0	3,8	3,6	4,3	3,8
Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,9	2,8	2,9	2,9	2,8	2,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 7,4	- 1,1	- 0,5	- 1,1	- 1,1	- 0,5	- 0,5
Subventionen	4,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,0	3,9	1,6	4,5	4,9	3,0
Sonstige laufende Transfers	15,4	- 3,8	6,1	- 3,4	- 4,1	3,7	8,7
Vermögenstransfers	- 15,4	- 1,3	- 1,1	- 0,1	- 2,3	- 1,8	- 0,5
Bruttoinvestitionen	3,5	10,9	4,2	13,9	8,9	4,4	4,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2,7	2,8	3,5	2,3	3,2	3,8	3,2
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	0,2	0,5	1,0	- 0,4	1,0	0,0

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2014: eigene Prognose.